

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

10. Sitzung
1. April 2022

Beginn: 12.00 Uhr
Schluss: 17.27 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD),
zeitweise Dr. Manuela Schmidt (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2022/2023 (1. Lesung)

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

[0200](#)
Haupt (f)

hierzu:

[0200-Anlage](#)

Anlage zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200-Anlage

Mitberaten werden:

- | | |
|--|---------------------------------|
| a1) Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/0225
Finanzplanung von Berlin 2021 bis 2025 | 0174
Haupt |
| a2) Bericht SenFin – II A – vom 10.03.2022
Finanz- und Investitionsplanung des Landes Berlin
2021-2025 | 0174 A
Haupt |
| b) Bericht SenFin – II LIP – vom 07.03.2022
Fortschreibung des bisherigen
Haushaltsplanentwurfs 2022/2023
(Fortschreibungsrundschreiben 2022/2023 –
FR 22/23)
hier: Priorisierung der Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022) | 0137 A
Haupt |
| c) Bericht SenFin – IV D 35 – vom 14.02.2022
Gesetz zur Sicherstellung der
personalvertretungsrechtlichen Interessenvertretung
in der Berliner Landesverwaltung
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU
(Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 8.12.2021) | 0001 A
Haupt |
| d) Bericht SenFin – II B – vom 04.03.2022
FM-Titelliste | 0173
Haupt |
| e) Bericht SenFin – II B – vom 15.03.2022
IKT-Titelliste | 0200 A
Haupt |

Einzelplan 05 – Inneres, Digitalisierung und Sport

Frank Balzer (CDU) bittet um die Zurückstellung des Einzelplans 05 zur zweiten Lesung am 11. Mai 2022.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion zum Einzelplan 05 schriftliche Fragen einreichen werde. Das betreffe insbesondere die Themen Zivil- und Katastrophenschutz und Digitalisierung von Verwaltungsverfahren.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass der Einzelplan 05 in Gänze zur zweiten Lesung am 11. Mai 2022 zurückgestellt werde.

Schriftliche Fragen könnten bis 5. April 2022, 14 00 Uhr beim Hauptausschussbüro eingereicht werden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht zum Fuhrpark von Polizei und Feuerwehr, in dem insbesondere auf die Aspekte Zeitschiene, Konzept, Finanzierungsmodelle, Kostenschätzungen und Priorisierungen bei der Anschaffung, vor allem im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung, eingegangen werden sollte.

Christian Hochgrebe (SPD) ergänzt den soeben von Herrn Schlüsselburg um folgende Frage: Welche Fahrzeuge sollten in den Jahren 2022 und 2023 bei der Polizei angeschafft werden?

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – ZS C 1 – vom 14.01.2022
Prävention im Bereich der inneren Sicherheit
(Berichtsauftrag aus der 1. Sitzung vom 17.11.2021)
(in der 5. Sitzung am 16.03.2022 zur Sitzung am
01.04.2022 vertagt)

[0018 A](#)
Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) möchte wissen, ob das hohe Ist in Höhe von 6,3 Mio. Euro im Jahr 2021 auf die Nachforderung in Höhe von 3,06 Mio. Euro zurückzuführen sei.

Er bitte um einen Folgebericht, in dem beantwortet werde, wie Polizeikräfte anderer Bundesländer, die im Rahmen von Amtshilfeersuchen in Berlin tätig gewesen seien, untergebracht worden seien und welche Kosten dies verursacht habe. Träfen Informationen zu, wonach es sowohl während als auch vor der Coronapandemie regelmäßig Unterbringungen in Vier- und Fünfsternehotels gekommen sei? Wie seien Berliner Polizeikräfte untergebracht, wenn sie im Rahmen der Amtshilfe in anderen Bundesländern eingesetzt würden?

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet, in einem Folgebericht darzustellen, welche Projekte aus dem Unterstützungsfonds in den Jahren 2022 und 2023 gefördert würden.

Vorsitzende Franziska Becker weist darauf hin, dass alle angeforderten Berichte bis zum 4. Mai 2022 als Sammelvorlage vorzulegen seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) teilt mit, dass Berlin bei Demonstrationen, insbesondere gegen die Coronabeschränkungen, polizeiliche Unterstützung aus anderen Bundesländern angefordert habe. Da die Anmeldung von Demonstrationen meist sehr kurzfristig, teilweise von einem Tag auf den anderen, erfolge, müsse die Polizei schnell reagieren. So sei es dazu

gekommen, dass Unterbringungen teilweise nur noch in Fünfsternehotels möglich gewesen seien. Corona habe die Suche nach geeigneten Hotels zusätzlich erschwert.

Die Entsendung von Polizeikräften in andere Bundesländer gehe auf ein Bund-Länder-Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung zurück. Danach müssten Mehrausgaben, die durch die Entsendung anfielen, erstattet werden. Im vergangenen Jahr sei dem Hauptausschuss eine Umwidmung von Mitteln zu diesem Zweck vorgelegt worden.

Christian Hochgrebe (SPD) interessiert, ob mit der Vorlage – rote Nr. 18 A – alle Verbindlichkeiten des Landes Berlin gegenüber anderen Bundesländern und dem Bund getilgt seien. Wenn nein, was sei noch offen? Er bitte, dies schriftlich zu beantworten und auch darauf einzugehen, ob die Zuweisung des Bundes für die hauptstadtbedingten Mehrausgaben im Bereich der inneren Sicherheit noch ausreichen. Er denke dabei auch an die Demonstrationen gegen die Coronabeschränkungen, die sich nicht gegen das Land Berlin, sondern gegen Beschlüsse des Bundes gerichtet hätten. Welche Überlegungen gebe es hinsichtlich künftiger Verhandlungen mit dem Bund über hauptstadtbedingte Ausgaben?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) erinnert daran, dass der momentane Hauptstadtfinanzierungsvertrag im Jahr 2017 geschlossen worden sei. Für die Sonderbelastungen im Sicherheitsbereich seien im Haushalt ab 2023 Zuwendungen des Bundes in Höhe von 120 Mio. Euro vorgesehen. In den Jahren 2018 bis 2021 hätten die jährlichen Zahlungen 100 Mio. Euro betragen, und im Jahr 2022 würden 110 Mio. Euro erreicht. Die tatsächlichen Ausgaben Berlins für hauptstadtbedingte Sicherheitsaufgaben seien höher. Sie lägen im Jahr 2022 bei 153,9 Mio. Euro und im Jahr 2023 bei 155,1 Mio. Euro. Sollten diese Summe nicht ausreichen, werde das Parlament und der Bund informiert. Der aktuell geltende Vertrag ende im Jahr 2027, und sie gehe davon aus, dass der nachgesteuert werde.

Sie sage einen ergänzenden Bericht zu der Unterbringung der Polizeikräfte und der Fragen von Frau Dr. Brinker zur zweiten Lesung zu.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass der Fragekomplex von Herrn Hochgrebe ein Folgebericht zur Sitzung des Hauptausschusses am 7. Dezember 2022 erwartet werde.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht – rote Nr. 0018 A – zur Kenntnis.

Titel 23102 – Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt nach einem Sachstand bezüglich der Umsetzung des Zensus. Sei die Finanzausweisung des Bundes ausreichend?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) sagt eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung zu.

Titel 35917 – Entnahme aus der Rücklage für den Digitalfunk

Tobias Bauschke (FDP) interessiert über den aktuellen Umsetzungsstand beim Ausbau des Digitalfunks. Zudem bitte er hierzu um eine Gesamtübersicht.

Kerstin Alms (SenInnDS) informiert, dass man sich in der zweiten Ausbaustufe befinde, die voraussichtlich im kommenden Jahr abgeschlossen sein werde. Absehbar seien die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichend. Berlin verfüge dann über 90 Basisstationen, also fast doppelt so viele wie in der ersten Ausbaustufe, sodass die Funkversorgung für Polizei, Feuerwehr, Justiz und Hilfsorganisationen deutlich verbessert sei.

Während im Neubau der Einbau von Objektfunkanlagen vorgesehen sei, gebe es noch ein Probleme mit den Bestandsbauten. Momentan arbeite man an einer gesetzlichen Grundlage, mit der man erreichen wolle, dass auch in Bestandsbauten entsprechende Objektfunkanlagen eingebaut werden müssten. Das betreffe das Land Berlin und seine Liegenschaften, aber auch private Eigentümer.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, ob seine Annahme richtig sei, dass die weiteren Investitionen nicht mehr über die Rücklage, sondern direkt über Haushaltsmittel bewirtschaftet würden und die Rücklage infolgedessen leer sei.

Kerstin Alms (SenInnDS) antwortet, dass die Rücklage vollständig ausgeschöpft sei. Der Ansatz im Haushalt sei nur noch als Merksatz aus dem Jahr 2021 zu verstehen.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

Dr. Kristin Brinker (AfD) möchte wissen, warum das Ist das Jahres 2020 sehr hoch gewesen sei, der aktuelle Ansatz dagegen sehr niedrig.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) erklärt, dass dies auf die Coronaprämie zurückzuführen sei.

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte

Julia Schneider (GRÜNE) bittet darzulegen, warum die Haushaltsansätze unverändert blieben, obwohl es hier um die Anmietung von Kartenlesegeräten zur Sofortkasse bei Verstößen gegen die Infektionsschutzverordnung im Zusammenhang mit der Coronapandemie gehe.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) führt aus, dass ein handelsübliches Kartenlesegerät ca. 150 Euro koste. Für 61 000 Euro könnten somit über 400 Geräte dauerhaft angeschafft werden. Der Leasingvertrag habe eine dreijährige Laufzeit und ende im April 2024. Für die bezirklichen Ordnungsämter seien insgesamt 250 Kartenlesegeräten angemietet worden. Ihre Nutzung sei von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Direktzahlung bei einer Ordnungswidrigkeit abhängig, aber davon werde oft Gebrauch gemacht. Außerdem sei eine Direktzahlung nur bei Ordnungswidrigkeiten bis zu einer bestimmten Schwere möglich, nämlich einem Verwarngeld bis 55 Euro. Eine vorzeitige Kündigung des Leasingvertrags sei nicht beabsichtigt.

Christian Goiny (CDU) interessiert, ob die Geräte auch für andere Zwecke genutzt werden könnten. Sei untersucht worden, wie oft die Geräte zum Einsatz gekommen seien und ob sie sich amortisiert hätten?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) antwortet, dass sich die Geräte sehr schnell amortisieren. Sie seien universell einsetzbar.

Titel 52610 – Gutachten

Titel 52638 – Gutachten für die verfahrenabhängige IKT

Christian Hochgrebe (SPD) bittet bezüglich Titel 52610 zu erläutern, was sich hinter den 351 000 Euro verberge und warum die Gutachten nicht von der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung angefertigt werden könnten.

Angesichts der hohen Ansätze in Titel 52638 stellte sich die Frage, für welche Gutachten hier Mittel veranschlagt würden.

Kerstin Alms (SenInnDS) teilt mit, dass die Evaluierung des Einsatzes der Bodycams im ASOG vorgesehen sei. Hinzu kämen die Telekommunikationsüberwachung und die Standortermittlung bei Telekommunikationsendgeräten. Diese drei Faktoren seien bei der Änderung des ASOG gesetzlich festgehalten worden. Eine externe Evaluierung sei folglich verpflichtend, und der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung müsse jeweils zustimmen, wer die Evaluierung vornehme. Derzeit liefen entsprechende Abstimmungen mit den Abgeordneten.

Titel 52703 – Dienstreisen

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) wünscht einen kapitelübergreifenden Bericht zu den Dienstreisetiteln, da ihm aufgefallen sei, dass einige Ansätze im Vergleich zum Jahr 2020 wieder erhöht worden seien. Er bitte um eine Begründung für die Veranschlagungsregeln und um Ausführungen zu Möglichkeiten der Kostenreduktion durch die Nutzung digitaler Formen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) teilt mit, dass der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung dazu einen schriftlichen Bericht angefordert habe, den sie auch dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen werde.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung

Julia Schneider (GRÜNE) hat der Titelerläuterung entnommen, dass die Ausgaben im Jahr 2020 durch die Durchführung von Meetings und Workshops in digitaler Form deutlich niedriger gewesen seien. Könne man nicht weiterhin digitale Formen nutzen und die Ansätze entsprechend anpassen? Wie sei der abweichende Ansatz für das Jahr 2022 zu erklären?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) begründet den Ansatz des laufenden Jahres mit der Notwendigkeit, eine PMA aufzulösen. Man habe diesen Titel ausgewählt, weil im Rahmen der vorläufigen Haushaltswirtschaft Ausgaben nicht im üblichen Maß möglich gewesen seien.

Insgesamt seien 20 Geschäftsprozessoptimierungsverfahren geplant bzw. in der Umsetzung. Diese Vorhaben beinhalteten die Digitalisierung interner Verwaltungsabläufe. Dazu gehörten Backofficeprozesse als auch die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, u. a. die Einführung des digitalen Antrags für die Aufenthaltstitel. Innerhalb von zehn Tagen habe man ge-

meinsam mit dem Landeseinwohneramt erreicht, dass seit dem 18. März 2022 eine entsprechende Beantragung möglich sei.

Darüber hinaus gehe es um die Digitalisierung des Siegelregisters, der Notrufbearbeitung, der Sportstättenvergabe und der Bürgerdienste.

Titel 54051 – Prävention im Bereich der inneren Sicherheit

Sebastian Walter (GRÜNE) konstatiert, dass der Fonds Mittel enthalten habe, die zur auftragsweisen Bewirtschaftung an die „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ – LADS – gegangen seien. Er fordere einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung, in dem der Umgang mit diesen Projekten im neuen Haushaltsplan dargestellt werde. Seien Mittel für die Fortführung von Projekten im vorliegenden Titel enthalten? Gebe es weiterhin eine Finanzierung über die LADS?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) sagt einen entsprechenden Bericht zur zweiten Lesung zu.

Christian Hochgrebe (SPD) fragt, wie der vorliegende Titel im Verhältnis zum Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommision Berlin gegen Gewalt zu sehen sei.

Ingo Siebert (SenInnDS) antwortet auf die Frage von Herrn Hochgrebe, dass die beide Titel gemeinsam betrachtet werden müssten. Aus Titel 54051 würden allgemeine Ausgaben, Kampagnen, Ausschreibungen usw. finanziert, aus Titel 68558 hingegen Zuwendungen. Bestimmte Maßnahmen, die ursprünglich in Titel 54041 geplant gewesen seien, würden in Titel 68558 finanziert. Der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung erhalte einen detaillierten Bericht zur Verschiebung der einzelnen Projekte.

Das hohe Ist des Jahres 2021 in Titel 68558 resultiere vor allem aus den Mitteln für die kiezorientierte Gewaltprävention, die die Bezirke im betreffenden Jahr als Zuwendungen ausgegeben hätten.

Titel 54057 – Wahlen

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, ob noch offene Kosten im Zusammenhang mit den Wahlen im vergangenen Jahr in der Veranschlagung enthalten seien.

Sei vor dem Hintergrund der noch ausstehenden Entscheidung des Verfassungsgerichts zu den letzten Wahlen finanzielle Vorsorge im Haushalt getroffen worden?

Auch die Expertenkommissionen zur Aufarbeitung der Probleme bei der Durchführung der letzten Wahlen könne Empfehlungen geben, die finanzielle Folgen hätten. Beispielsweise könne der Schluss gezogen werden, eine hauptamtliche Person mit der Landeswahlleitung zu betrauen. Könnten dazu schon Aussagen getroffen werden?

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um eine Aufschlüsselung der angesetzten Beträge im Hinblick auf das Urteil des Verfassungsgerichts und der möglicherweise damit einhergehenden Kosten. Ihr gehe es aber auch um interne Kosten, die Evaluierung der Probleme bei der letzten Wahl und die Sicherstellung ordnungsgemäßer Wahlen in der Zukunft.

Christian Hochgrebe (SPD) möchte wissen, wann mit Ergebnissen der Expertenkommission gerechnet werden könne.

Auch ihn interessiere, wie mit der offenen Position der Landeswahlleitung umgegangen werde. Wie sehe das Besetzungsverfahren aus?

Steffen Zillich (LINKE) fragt ergänzend, inwieweit es notwendig und möglich sei, für die Landeswahlleitung eine stellenmäßige Vorsorge zu treffen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) bestätigt, dass die Expertenkommission zur Auswertung der letzten Wahlen ihre Arbeit aufgenommen habe. Mitte des Jahres werde mit Ergebnissen gerechnet. Erst danach könne über Umstrukturierungen entschieden werden. Probleme, wie sie bei der letzten Wahl aufgetreten sein, müssten in Zukunft vermieden werden.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) informiert, dass keine Kosten aus dem vergangenen Wahlen mehr offen seien.

Welche personelle und finanzielle Vorsorge für die Aufgabe der Landeswahlleitung erforderlich sei, könne derzeit nicht seriös prognostiziert werden. Dazu müssten das Ergebnis der Expertenkommission und die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts abgewartet werden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, dem Parlament den Bericht der Expertenkommission zuzuleiten, sobald dieser vorliege.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) sagt die Weiterleitung des Berichts zu.

Heiko Melzer (CDU) fragt, ob dem Abgeordnetenhaus der Bericht noch im Mai 2020 vorgelegt und damit eine Beratung vor der parlamentarischen Sommerpause sichergestellt werden könne.

Steffen Zillich (LINKE) konstatiert, dass man noch im Laufe der Haushaltsberatungen entscheiden müsse, ob man zur Schaffung einer hauptamtlichen Landeswahlleitung eine Stellenvorsorge im Haushalt – gegebenenfalls seien die entsprechenden Mittel zu sperren – schaffen wolle. Alternativ könne man sich dafür entscheiden, erst im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 eine Regelung zu treffen. Er bitte, zur zweiten Lesung zu erläutern, wie die Stelle der Landeswahlleitung zukünftig organisiert werde und ob bzw. wie eine Vorsorge im Haushalt zu treffen sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) weist darauf hin, dass sie der Expertenkommission keine Zeitvorgaben machen könne. Diese arbeite unabhängig und nehme sich so viel Zeit, wie für eine lückenlose Aufarbeitung erforderlich sei.

Bisher sei die Funktion der Landeswahlleitung ehrenamtlich gewesen. Man könne aber vermuten, dass die Expertenkommission vorschlage, die Landeswahlleitung, möglicherweise auch die Vertretung hauptamtlich zu besetzen. Werde das der Fall sein, müsse man eine Finanzierung regeln.

Christian Goiny (CDU) stellt klar, dass es seiner Fraktion nicht darum gehe, die Expertenkommission unter Druck zu setzen. Er schließe sich jedoch der Ansicht von Herrn Zillich an, dass man sich bereits in den aktuellen Haushaltsberatungen mit dem Problem einer möglichen Personalausstattung befassen müsse.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) teilt die Ansicht, dass vermutlich noch vor dem Vorliegen von Ergebnissen der Expertenkommission und eines Urteils des Verfassungsgerichts eine Entscheidung über eine Vorsorge im Haushalt getroffen werden müsse. Im Jahr 2024 fänden Europawahlen statt, und dafür müsse rechtzeitig mit der Vorbereitung begonnen werden.

Die Bürokratie der Wahlvorbereitung und -durchführung müsse zwar an die „reguläre“ Verwaltung angebunden sein, jedoch unabhängig arbeiten. Insofern halte er den Hinweis der Senatorin, dass sie keinen Einfluss auf die Arbeit der Kommission ausüben könne, für wichtig.

Iris Spranger (SPD) regt an, einen gesonderten Titel für die Landeswahlleitung im Einzelplan 05 zu schaffen, um die Unabhängigkeit dieser Aufgabe deutlich zu machen. Sie werde diese Überlegung mit der Senatsverwaltung für Finanzen bis zur zweiten Lesung erörtern.

Christian Goiny (CDU) hält diese Anregung für sinnvoll.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) geht davon aus, dass die Landeswahlleitung per Gesetz unabhängig sei. Man werde bis zur zweiten Lesung verwaltungsintern klären, ob eine andere Darstellung im Haushalt sinnvoll sei.

Titel 54615 – Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen

Christian Hochgrebe (SPD) bittet, das Verhältnis zwischen dem Ersatz der Aufwendungen durch den Bund und die Ausgaben des Landes Berlin für die Durchführung des Zensus darzustellen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) sagt eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung zu.

Titel 67112 – Ersatz von Personalaufwendungen

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) möchte wissen, wie viele Ausbildungsplätze im Jahr 2020 finanziert worden seien. Seien im vergangenen Jahr Ausbildungsplätze am ITDZ aus diesem Titel finanziert worden? Wenn ja, wie viele? Sei auch in den Jahren 2022 und 2023 eine entsprechende Finanzierung geplant? Falls ja, in welchem Umfang?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) kündigt hierzu einen Bericht zur zweiten Lesung an.

Titel 81301 – Einführung eines landesweiten Systems von Anlaufstellen für die Bevölkerung in Krisen- und Katastrophenlagen (Katastrophenschutz-Leuchttürme – Kat-L)

Tobias Bauschke (FDP) fragt nach dem aktuellen Umsetzungsstand.

Kerstin Alms (SenInnDS) berichtet, dass die Innenverwaltung eine Sammelbeschaffung für die Bezirke vorgenommen habe und diese abgeschlossen sei. Es sollten 38 Anlaufstellen für Katastrophenschutz-Leuchttürme geschaffen werden. Aktuell stelle man mit den Bezirken ein Schulungskonzept auf, um die Installation und Inbetriebnahme in den Bezirken durchzuführen. Aus dem vorliegenden Titel sei im Wesentlichen die Beschaffung der technischen Geräte vorgenommen worden.

Tobias Bauschke (FDP) möchte wissen, wo die Installations- und Schulungskosten veranschlagt seien.

Kerstin Alms (SenInnDS) antwortet, dass mit einem relativ geringen Installations- und Schulungsaufwand gerechnet werde. Die Kosten dafür trügen die Bezirke. Eine Umsetzung sei in diesem und im nächsten Jahr vorgesehen.

Christian Hochgrebe (SPD) bittet um schriftliche Ausführungen zur zweiten Lesung, was in den Bezirken konkret als Katastrophenschutz-Leuchttürme umgesetzt und eingerichtet worden sei. Wo befänden sich diese, und wann gingen sie in Betrieb?

Wo sei das vom seinerzeitigen Bundesinnenminister Seehofer initiierte Sirenenprogramm einnahme- und ausgabeseitig im Haushalt zu finden? Wann sollten die 400 für Berlin vorgesehenen Sirenen installiert werden? Wann seien die Sirenen einsatzbereit?

Dr. Kristin Brinker (AfD) wünscht eine Auflistung aller Titel mit einem Bezug zum Thema Katastrophenschutz zur zweiten Lesung.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) teilt mit, dass Berlin 4,5 Mio. Euro vom Bund für das Sirenenprogramm erhalte. Der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung habe zu diesem Komplex ebenfalls eine schriftliche Beantwortung erbeten, die sie dem Hauptausschuss zur Verfügung stellen werde.

In den Neunzigerjahren seien in Berlin, wie in vielen anderen Bundesländern, die Sirenen abgebaut worden. Die 400 Standorte, die nun für die Aufstellung neuer Sirenen ins Auge gefasst worden seien, würden derzeit abgestimmt. Informationen in der Presse, wonach die Sirenen nur innerhalb des S-Bahnringes aufgestellt würden, seien unzutreffend. Der Katastrophenschutz beziehe sich auf das gesamte Stadtgebiet. In erster Linie würden die Sirenen an öffentlichen Gebäuden angebracht, aber auch Gebäude der Wohnungsbaugesellschaften würden einbezogen.

In der letzten Innenministerkonferenz sei der Zivilschutz thematisiert worden, und die zuständigen Innenminister der Länder hätten zusätzliche Mittel für diesen Bereich gefordert. Die Bundesinnenministerin habe erneute Mittel an die Bundesländer in Aussicht gestellt, aber konkrete Summen könne sie noch nicht nennen.

Kerstin Alms (SenInnDS) ergänzt, dass die Länder auf die Mittel für das Sirenenprogramm beim Bund zugreifen könnten.

Christian Hochgrebe (SPD) bezweifelt, dass 400 Sirenenstandorte für Berlin ausreichend seien. Seien weitere Standorte geplant? Wenn ja, wer finanziere das?

Benedikt Lux (GRÜNE) möchte wissen, ob erwogen worden sei, in Metropolen nicht Sirenen, sondern andere Hilfsinstrumente im Katastrophenfall einzusetzen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) geht davon aus, dass auf Bundesebene nicht nur geplant sei, das Sirenenprogramm aufzustocken, sondern auch, auf die Länder zugeschnittene Möglichkeiten des Zivilschutzes zu unterstützen. Das betreffe z. B. den Umgang mit Bunkeranlagen. Nicht nur Berlin, sondern auch andere Bundesländer hätten den Wunsch, mitzuentcheiden, wofür die Mittel des Zivil- und Katastrophenschutzes eingesetzt würden. Ihre Verwaltung stelle deshalb derzeit Überlegungen an, wie viele Bundesmittel für welche Maßnahmen in Berlin benötigt würden.

Sie weise zudem darauf hin, dass Berlin bereits Möglichkeiten zur Information der Bevölkerung nutze. Das reiche von Medienberichten bis hin zu Warn-Apps. Die Berlinerinnen und Berliner nutzten diese Informationsmöglichkeiten gut und befolgten die Warnhinweise.

Christian Goiny (CDU) hält es für sinnvoll, dem Beispiel anderer Länder, z. B. Griechenlands, zu folgen und die Bevölkerung per SMS über Unwetter und andere Katastrophen zu informieren und gleichzeitig Verhaltensregeln mitzuteilen. Ein Sirenensignal allein reiche seiner Ansicht nach nicht aus.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) stimmt ihrem Vorredner zu. Es sei vorgesehen, auch andere Informationskanäle zu nutzen.

Titel 81240 – Weiterentwicklung der Reform des Personenstandswesens

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, zur zweiten Lesung den aktuellen Sachstand des Projekts Digitalisierung der Geburtenbücher der Jahrgänge 1990 bis 2008 darzustellen. Werde das Projekt wie geplant im Jahr 2022 abgeschlossen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) bittet, diese Frage zur zweiten Lesung schriftlich beantworten zu dürfen.

Titel 81244 – Projekt Digitalisierung Direkte Demokratie

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fordert zur zweiten Lesung einen Bericht dazu an, warum die Umsetzung des Projekts Digitalisierung Direkte Demokratie zurückgestellt werde.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) sagt eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung zu.

Christian Hochgrebe (SPD) möchte wissen, warum diverse Gutachten extern vergeben würden, was enorme Kosten verursache, anstatt sie von der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung erstellen zu lassen und damit Kosten zu sparen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) bitte zu bedenken, dass das ITDZ ein Dienstleister des Landes Berlin sei, der für seine Leistungen eine entsprechende Bezahlung erwarte.

**Kapitel 0509 – Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport
- Personalüberhang –**

Keine Wortmeldung.

**Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport
- Sport -**

Mitberaten wird:

Vertraulicher Bericht SenInnDS – IV A 3 Si – vom
21.12.2021
Berliner Bäder-Betriebe – Wirtschaftsplan 2022
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsbera-
tungen 2022/2023 zurückgestellt)

[0109](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht – rote Nr. 0109 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titelübergreifend

Christian Hochgrebe (SPD) bittet, zur zweiten Lesung schriftlich darzustellen, wie im Doppelhaushalt 2022/2023 Vorsorge für den Wiederaufbau der Strukturen und Angebote im Sport nach der Pandemie getroffen worden sei.

Eine schriftliche Erläuterung zur zweiten Lesung erbitte er außerdem zu den Fragen, welche Landesmittel für gemeinnützige Sportvereine für Digitalisierungsvorhaben zur Verfügung stünden und unter welchen Voraussetzungen Mittel aus der Coronarücklage für Digitalisierungsvorhaben und Angebote im Sport bereitgestellt würden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) sagt eine entsprechende Berichterstattung zur zweiten Lesung zu.

Christian Goiny (CDU) vermisst einen Haushaltstitel, der sich aus Steuermehreinnahmen im Zusammenhang mit der sog. City-Tax speise und aus dem die Bereiche Kultur, Wirtschaft und Sport in der Vergangenheit jeweils ca. 3,5 Mio. Euro erhalten hätten. Was sei daraus geworden?

Thomas Düring (SenInnDS) weist darauf hin, dass sich Herr Goiny auf den Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte in Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport - beziehe. Ursprünglich sei festgelegt worden, die mit der City-Tax erzielten Mehreinnahmen auf die von Herrn Goiny genannten Bereiche aufzuteilen, und dementsprechend sei verfahren worden. Mittlerweile sei der Titelantrag auf 3 Mio. Euro reduziert worden.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt die Frage, welche Einmaleffekte für das Ist im Jahr 2021 in Höhe von 519 000 Euro – gegenüber einem Ansatz von 160 000 Euro – verantwortlich seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) kündigt eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung an.

Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) möchte wissen, wie das hohe Ist im Jahr 2021 zu erklären sei und ob im laufenden Jahr mit weiteren Steuererstattungen zu rechnen sei.

Thomas Düring (SenInnDS) begründet diesen Umstand mit Steuererstattungen aufgrund von Instandhaltungsmaßnahmen am Velomax und am Velodrom. Auch im laufenden Jahr könne mit höheren Einnahmen gerechnet werden. In den nächsten Jahren könne aber nicht mehr mit so hohen Summen gerechnet werden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um eine schriftliche Beantwortung zur zweiten Lesung, um die Summen im Haushalt gegebenenfalls konkreter fassen zu können.

Titel 52610 – Gutachten

Christian Hochgrebe (SPD) fragt, warum die hier veranschlagten Rechtsgutachten nicht von der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung gefertigt werden könnten.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) konstatiert, dass die Frage, in welchem Umfang Gutachten von der Verwaltung selbst erstellt werden sollten, nicht unabhängig von den Ressourcen und der personellen Ausstattung der Verwaltung behandelt werden könne.

Sibylle Meister (FDP) weist darauf hin, dass die Kosten für Gutachten auch reduziert werden könnten, indem man auf bestimmte Begutachtungen verzichte.

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt fest, dass auch in Titel 54117 – Vorbereitung und Durchführung von in Berlin ausgetragenen Spielen der UEFA Fußball Europameisterschaft EURO 2024 Mittel für rechtliche Beratungsleistungen enthalten seien. Warum werde dies nicht in einem Titel zusammengefasst?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) antwortet in Richtung von Frau Dr. Brinker, dass eine konkrete Zuordnung im Sinne des Prinzips von Haushaltswahrheit und -klarheit sinnvoll sei.

In den Gutachten, nach denen Herr Hochgrebe gefragt habe, gehe es um spezifische Fragen zu Sportveranstaltungen. Zudem wolle er klarstellen, dass die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung nicht der Rechtsdienstleister des Landes Berlin sei. Es sei nicht üblich, diese Senatsverwaltung mit Rechtsgutachten zu beauftragen. Bevor externe Gutachten beauftragt würden, werde sorgfältig geprüft, ob dies notwendig sei. Man tue dies nur in Fällen, in denen die eigene Expertise nicht ausreiche.

Christian Hochgrebe (SPD) konstatiert, dass offenbar unterschiedliche Auffassungen über die Rolle der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung als Rechtsdienstleister existierten. Er rege an, diese Frage außerhalb der Haushaltsberatungen noch einmal zu vertiefen. Vor diesem Hintergrund bitte er zur zweiten Lesung um eine Übersicht aller Gutachtenleistungen, die in den Jahren 2022 und 2023 veranschlagt seien.

Steffen Zillich (LINKE) bittet, den angeforderten Bericht auf die Beratungsdienstleistungen im Rahmen von Vergabeverfahren zu erweitern. In diesem Zusammenhang sei zu fragen, wie viel Rechtssicherheit notwendig sei, in welchen Fällen externe Beratung hinzugezogen werden müsse und inwieweit Erfahrungen durch eine Zusammenfassung von Aufgaben besser genutzt werden könnten. Im Moment gehe man auf Nummer sicher und beauftrage in jedem Vergabeverfahren eine externe Beratungsdienstleistung. Das sei zwar nachvollziehbar, aber nicht effektiv.

Christian Goiny (CDU) schließt sich der Berichtsbitte von Herrn Hochgrebe an. Ihn interessierten die betroffenen Titel und die konkreten Summen.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) weist darauf hin, dass es regelmäßig, ex post einen Bericht über die in Auftrag gegebenen Gutachten gebe. Eine Auflistung vor Beauftragung könne erstellt werden, sie müsse aber nicht mit der späteren Ausschöpfung identisch sein.

Christian Goiny (CDU) bittet, in dem angeforderten Bericht aufzuschlüsseln, in welchen Fällen es für Gutachten eine rechtliche Grundlage gebe, wo es sich um interne Gutachten des ITDZ handele und wo tatsächlich externe Gutachten beauftragt würden.

Vorsitzende Franziska Becker erinnert daran, dass der Hauptausschuss in seiner ersten Sitzung am 17. November 2021 unter Tagesordnungspunkt 11 folgenden Berichtsauftrag erteilt habe:

SenFin wird gebeten, dem Hauptausschuss bis zum 31.03.2022 nach Vergabestellen in den Senatsverwaltungen und den Bezirken aufzulisten, welche Vergabedienstleistungen (Beratungen und Gutachten) – mit Darstellung des Volumen des betroffenen Vergabeverfahrens – in den letzten vier Jahren beauftragt worden sind.

Christian Goiny (CDU) stellt fest, dass ihm der von der Vorsitzenden erwähnte Bericht nicht vorliege, obwohl der Termin bereits verstrichen sei. Insofern halte er es für sinnvoll, am heute formulierten Berichtsauftrag festzuhalten.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) informiert, dass der Bericht von ihrem Haus versandt worden sei. Er enthalte aber eine Betrachtung der Beratungs- und Gutachtaufträge in der Vergangenheit und entspreche somit nicht der heute formulierten Berichtsbitte, die sich auf in der Zukunft geplante Dienstleistungen beziehe.

Steffen Zillich (LINKE) stellt seine Berichtsbitte bezogen auf die Vergabeverfahren bis zum Vorliegen des in der ersten Sitzung des Hauptausschusses ausgelösten Berichts zurück.

Titel 54117 – Vorbereitung und Durchführung von in Berlin ausgetragenen Spielen der UEFA Fußball Europameisterschaft EURO 2024

Christian Hochgrebe (SPD) bitte zur zweiten Lesung um eine Übersicht aller Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft 2024.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass außerdem ein aktualisierter Finanzierungsplan erbeten werde.

Sibylle Meister (FDP) ergänzt die Berichtsbitte um einen Investitionsplan.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fügt an, dass die Informationen standortscharf aufzuliefern seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) sagt einen entsprechenden Bericht zur zweiten Lesung zu.

Titel 54123 – Unterstützungsmaßnahmen für die Sportmetropole Berlin

Julia Schneider (GRÜNE) entnimmt den Titelerläuterungen, dass der Ansatz ausschließlich der Pandemiebekämpfung diene. Werde der Titel fortgeführt?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) stellt fest, dass die Mittel nach wie vor benötigt und auch ausgereicht würden. Die Gelder, die zum Erhalt der Sportmetropole ausgegeben würden, refinanzierten sich um ein Vielfaches, wenn wieder mehr Zuschauerinnen und Zuschauer zugelassen würden.

Steffen Zillich (LINKE) problematisiert, dass die Haushaltsansätze für die Beiträge des Landes zu Sportgroßveranstaltungen regelmäßig deutlich überschritten würden. Das sei nicht nur auf Kostensteigerungen zurückzuführen, sondern oftmals auch darauf, dass die vergebenden Sportfachverbände ihre Leistungsbeschreibungen noch einmal überarbeiteten und andere Standards festlegten. Wie gehe der Senat damit um?

Sibylle Meister (FDP) weist darauf hin, dass der Titel lediglich der Abmilderung der Pandemiefolgen diene. Sei ihre Annahme richtig, dass der Titel infolgedessen auslaufe?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) bestätigt die Annahme von Frau Meister. Aktuell gebe es noch coronabedingte Mehrausgaben, aber sie hoffe, dass dies bald nicht mehr der Fall sei.

Zu Herrn Zillich: Sportgroßveranstaltungen würden Jahre voraus geplant. Die Veranstalter hätten nicht absehen können, dass es eine Pandemie gebe, die zu erheblichen Mehrkosten führe. Deshalb sei ein Nachsteuern erforderlich. Man bemühe sich, künftig mehr Vorsorge für Preissteigerungen zu treffen, aber einiges lasse sich nicht vorhersehen.

Titel 68426 – Zuschuss für die Durchführung der Special Olympics Weltspiele 2023

Christian Hochgrebe (SPD) bittet zur zweiten Lesung um eine Übersicht aller Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit den Special Olympics Weltspielen 2023. Dieser solle auch alle Zuschüsse des Bundes und der Organisation Special Olympics Deutschland enthalten.

Steffen Zillich (LINKE) fordert einen aktuellen Finanzierungsplan der Special Olympics an.

Sibylle Meister (FDP) ergänzt die Berichtsbitte um einen Investitionsplan.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fügt an, dass die Informationen standortscharf aufzuliefern seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) sagt einen entsprechenden Bericht zur zweiten Lesung zu.

Titel 68245 – Ausgabenersatz an die Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG) für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen

Christian Hochgrebe (SPD) möchte wissen, warum im Olympiastadion der Einbau von WLAN für 4 Mio. Euro erforderlich sei.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) antwortet, dass dies inzwischen zur üblichen Ausstattung eines Stadions gehöre. Im Olympiastadion fänden nicht nur Fußballspiele statt, sondern auch andere Großveranstaltungen, wo eine Ausstattung mit WLAN erwartet werde. Das Vorhandensein von WLAN sei die Voraussetzung dafür, auch künftig bedeutende Veranstaltungen im Olympiastadion durchführen zu können.

Titel 68419 – Förderung des Sports

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt zur lfd. Nr. 23 – Zuschüsse zur Umsetzung des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter –, ob die Ansätze vor dem Hintergrund des durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten dynamischen Fluchtgeschehens ausreichend seien. Es sei damit zu rechnen, dass erhebliche Aufgaben auf die Stadt zukämen.

Christian Hochgrebe (SPD) interessiert, wie im Kontext der Geflüchteten aus der Ukraine die Mittel aus dem Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter für die Jahre 2022 und 2023 in den Einzelplänen fortgeschrieben würden und was dort konkret vorgesehen sei. Wann stünden die Mittel angesichts des dringenden Handlungsbedarfs und unabhängig von der laufenden Haushaltswirtschaft zur Verfügung? – Ihm genüge ein schriftlicher Bericht.

Zum Titel 68402 – Zuschuss an die DKLB-Stiftung – erbitte er eine mündliche Antwort auf die Frage, warum Berlin eine Zahlung an die Lotto-Stiftung leisten solle.

Der **Ausschuss** erwartet einen schriftlichen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung.

Dr. Kristin Brinker (AfD) will mit Blick auf Titel 68276 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der großen Mehrzweckhallen – wissen, ob es sich um den vertraglichen Zuschuss handele und das Risiko coronabedingter Ausfälle beim jeweiligen Betreiber liege.

Sibylle Meister (FDP) erkundigt sich mit Blick auf die lfd. Nr. 15 – Zuschüsse für nationale und internationale Sportveranstaltungen – im Titel 68419 – Förderung des Sports –, für welche Veranstaltungen die Zuschüsse vorgesehen seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) legt mit Blick auf die Geflüchteten, zumal aus der Ukraine, dar, dass es derzeit unklar sei, ob im Zuge der Haushaltswirtschaft Änderungen vorgenommen werden müssten. Dies wäre der Fall, sollte sich der Ansatz als nicht ausreichend herausstellen; ggf. sei auch mit SenFin zu sprechen, um weitere Mittel über den Hauptzuschuss zu akquirieren.

Thomas Düring (SenInnDS) führt aus, dass es sich bei dem Zuschuss für die Max-Schmeling-Halle und das Velodrom im Titel 68276 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der großen Mehrzweckhallen – um den festgelegten Betrag aus dem Pacht- und Betreibervertrag handele. Der Betriebsverlust werde deshalb getragen, weil die Velomax Berlin Hallenbetriebs GmbH die Hallen für den Schul- und Vereinssport kostenlos zur Verfügung stelle. Am Jahresende könnten sich in Abhängigkeit vom Umfang der Nutzungsmöglichkeit für Sportveranstaltungen bzw. Schulen durchaus noch Veränderungen ergeben, entweder Mehr- oder Minderbedarfe.

Zum Titel 68402 – Zuschuss an die DKLB-Stiftung – sei zu sagen, dass die von der Stiftung verteilten Lottomittel nichts damit zu tun hätten. Vielmehr werde die Bundesligaförderung ausschließlich aus Landesmitteln finanziert, aber über den Stiftungsrat ausgelobt. Hintergrund dessen sei, dass früher die Spielbankabgabe dafür habe herangezogen werden können. Nach Einstellung dieser Abgabe vor etwa 15 Jahren habe das Land ausgeholfen. Berlin stelle rund 1 Mio. Euro bereit, um Sportvereine in der Ersten Bundesliga in unterschiedlichen Sportarten

finanziell anteilig zu unterstützen, damit diese die Sportmetropole Berlin bundesweit gut vertreten.

Bei der lfd. Nr. 15 im Titel 68419 – Förderung des Sports – handele es sich um den Kernansatz für kleinere und Traditionsveranstaltungen wie den „Weißen Bären von Berlin“; größere Veranstaltungen würden nicht aus diesem Einzelansatz finanziert. Seiner Erinnerung nach habe der Ausschuss für Sport eine entsprechende Auflistung erbeten. Die Hausleitung von SenInnDS entscheide jedes Jahr gemeinsam mit dem Landessportbund, welche einzelnen Veranstaltungen gefördert würden. Die Förderung umfasse Beträge von 2 000 Euro bis mehrere Hunderttausend Euro.

Torsten Schneider (SPD) richtet die Bitte an SenFin, auf einzelplanübergreifende Einzeltitel, die mutmaßlich verstärkt werden müssten, im Sinne der Deckungspflichtigkeit und -fähigkeit hinzuweisen. Ansonsten wäre jeder Einzelplan, jeder etwaige „Flüchtlingstitel“ zu studieren. Demgegenüber sei eine Zentralveranschlagung vorzuziehen.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt in Anlehnung an die Ausführungen seines Vorredners, dass es zum einen darum gehe, wie man im Entwurf des Doppelhaushalts bewerte, dass die Mittel in Bezug auf den Masterplan Integration nicht mehr eingestellt seien; zum anderen stelle sich die Frage, wie man die Notwendigkeit einer Veranschlagung im Zusammenhang mit den Flüchtlingen aus der Ukraine bewerte. Hier sei eine zentrale Veranschlagung angedacht. Er stimme seinem Vorredner zu, dass nicht jeder einzelne Titel dafür verändert werden müsse.

Titel 68426 – Zuschuss für die Durchführung der Special Olympics Weltspiele 2023

Christian Hochgrebe (SPD) bittet darum, in den angeforderten Bericht mit einfließen zu lassen, wie sich der aktuelle Finanzplan in Hinblick auf die nationalen Wettbewerbe 2022 und auf die Spiele 2023 gestalte. Seien die eingestellten Mittel auskömmlich, oder seien Mehrbedarfe entstanden? Wenn ja, wie würden diese finanziert? Sei rechtzeitig Vorsorge dafür getroffen worden – wenn ja, an welcher Stelle? –, dass der Bund seine Kofinanzierung ausübe?

Vorsitzende Franziska Becker weist angesichts der umfangreichen Fragen auf die Möglichkeit hin, diese schriftlich einzureichen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) erklärt zum Wortbeitrag des Abgeordneten Hochgrebe, dass der Bericht geliefert werde. Das Ganze werde zu 50 Prozent vom Land Berlin, zu 50 Prozent vom Bund finanziert. Unter Umständen ergäben sich pandemiebedingte Mehrkosten. In dieser Hinsicht habe sie mit dem Organisationskomitee gesprochen. Sie selbst werde den Sachverhalt noch einmal studieren und zwischen erster und zweiter Lesung Gespräche mit SenFin führen. Rücklagen seien vorhanden.

Titel 68402 – Zuschuss an die DKL B-Stiftung

Sebastian Walter (GRÜNE) verleiht seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass unter dem Punkt „Geschlechtsspezifische Daten“ über die Steuerungsmaßnahmen zu lesen sei, dass sich der sportliche Erfolg einer geschlechtsspezifischen Steuerung entziehe und daher entsprechende Maßnahmen wegfielen. Demgegenüber seien die Mittel des Landes aus seiner

Sicht dafür da, um Gleichberechtigung herzustellen. Dies schließe eine spezifische Frauenförderung mit ein.

Gabriele Freytag (SenInnDS) führt zum Wortbeitrag des Abgeordneten Walter aus, dass die Einrichtung und Betreuung der Bundes- und Landesstützpunkte von den Sportverbänden vorgenommen würden. Am Standort Berlin gebe es einen höheren Anteil an Kaderathletinnen.

Sebastian Walter (GRÜNE) gibt an, dass er es noch nicht verstanden habe. Bestehe nicht Nachsteuerungsbedarf angesichts der Tatsache, dass 80 Prozent der 5 Mio. Euro Spitzensportförderung an Männer ausgereicht würden?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) betont, dass sie als erste Sportsenatorin auf solche Fragen achten werde. Sie werde auch prüfen, ob die Angabe der 80 Prozent stimme. Zum Teil seien bestimmte Spitzensportrichtungen abgewandert. Beispielsweise sähe sie es gerne, wenn der Frauenfußball wieder nach Berlin käme; momentan sei er in Potsdam angesiedelt. Sie wolle mit dafür sorgen, mehr Frauen an den Spitzensport heranzuführen.

Sebastian Walter (GRÜNE) konkretisiert, dass der Anteil im Jahr 2020 76,6 Prozent betragen habe. Er rege an, zum Ende des Jahres einen Bericht zu erstellen, der das Gender-Budgeting umfasse und genauer erläutere, welche Maßnahmen ergriffen würden.

Der **Ausschuss** beschließt auf Vorschlag der **Vorsitzenden**, den Bericht auf die erste Sitzung nach der Sommerpause zu terminieren.

Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte

Sibylle Meister (FDP) fragt zum DFB-Rahmenvertrag, warum nur für 2023 Ausgaben eingeplant seien, nicht aber für 2022. Dasselbe treffe auf Sicherheits- und Hygienekosten zu. Beziehe sich das auf eine bestimmte Veranstaltung?

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) merkt an, die Frage schriftlich beantworten zu wollen.

Titel 68506 – Zuschüsse an die Berliner Bäder-Betriebe

Christian Hochgrebe (SPD) kündigt an, zwei schriftliche Fragen zu den Berliner Bäder-Betrieben einzureichen. – Außerdem bitte er um Erläuterung, was sich hinter dem Ausdruck „liquide Mittel“ in der Tabelle unter II d verberge.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) regt an, diese Frage zum Wirtschaftsplan mit Blick auf den bereits angeforderten Bericht über die Berliner Bäder-Betriebe zu ergänzen, damit eine schriftliche Antwort erfolgen könne.

Christian Hochgrebe (SPD) erklärt sich einverstanden.

Kapitel 0511 – Olympiapark Berlin

Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Erläuterungen zu Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –, in denen die Rede davon sei, dass die höheren Ausgaben wegen steigender Kosten bei Dienstleistungen Dritter höhere Einnahmen bei Titel 12401 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume – bewirkten. Der entsprechende Ansatz lasse aber keine Steigerung erkennen, oder sei das bereits in der Veranschlagung enthalten?

Der **Ausschuss** erwartet einen schriftlichen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung.

Titel 23143 – Anteil des Bundes an der Unterhaltung von Sporteinrichtungen des Spitzensports

Christian Hochgrebe (SPD) bittet um eine mündliche Auskunft, warum dort keine Einnahmen mehr etatisiert seien. – Damit verbinde er die allgemeine Frage, inwieweit das Land Berlin bzw. konkret die Sportverwaltung pauschal Vorsorge träfen für Kofinanzierungen zur Inanspruchnahme von Bundesmitteln oder anderer Drittmittel, die kofinanzierungspflichtig seien, um eine rechtzeitige Inanspruchnahme von Fremdmitteln zu sichern. Dies bitte er schriftlich zu beantworten.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) betont, die Beantwortung der letzteren Frage sei Sache von SenFin. Für die Sportverwaltung sei es allgemein wichtig, möglichst alles zu kofinanzieren.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass sich die letztere Frage an den Senat richte, während die erste Frage des Abgeordneten Hochgrebe durch SenInnDS zu beantworten sei.

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, welcher Anteil für die Sanierung des Jahn-Sportparks vorgesehen sei und wofür genau die Mittel geplant seien. Außerdem wolle er wissen, ob die Aufstockung der Mittel im Jahr 2023 in Höhe von 900 000 Euro für die Olympiastadion Berlin GmbH deren Eigenanteil ersetzen solle. Falls ja, warum? – Ferner bitte er um eine schriftliche Auflistung der geplanten Ausgaben in dem Titel.

Christian Goiny (CDU) erkundigt sich, ob bei diesen Ausgaben oder in einem anderen Titel Sanierungs- oder Instandhaltungsmaßnahmen für die Tribünen des Schwimmbades am Olympiastadion mit enthalten seien.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS) weist darauf hin, dass dieselben Fragen im Sportausschuss gestellt worden seien. Eine schriftliche Antwort folge.

Kapitel 0512 – Sportforum Berlin

Keine Wortmeldung.

[Unterbrechung der Sitzung von 12.26 bis 12.59 Uhr]

Vorsitzende Franziska Becker schlägt vor, den bei Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres, Digitalisierung und Sport – mitzubberatenden Bericht rote Nr. 0179 vorzuziehen, da dieser einen Sportbezug aufweise. – Der **Ausschuss** verfährt so.

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres, Digitalisierung und Sport –

Mitberaten wird:

Bericht Senat von Berlin – InnDS IV C 21 – vom
21.03.2022
**Sportstättenanierungsprogramm (SSP) – Bericht
2021**
gemäß Auflage B. 26 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 7. Sitzung am 25.03.2022 zu den Haushaltsbera-
tungen 2022/2023 zurückgestellt)

[0179](#)
Haupt

Christian Hochgrebe (SPD) fragt, warum der Ansatz für das Programm für 2022 gekürzt worden sei und welche Vorhaben konkret entfallen sollten. Aus welchen Gründen sei eine einmalige Übertragbarkeit nicht verausgabter Mittel von 2022 nach 2023 nicht ermöglicht worden, obwohl der hohe Sanierungsbedarf fortbestehe und durch die langanhaltende vorläufige Haushaltswirtschaft eine rechtzeitige Inanspruchnahme nicht möglich gewesen sei? – Er könne die Fragen auch schriftlich einreichen.

Vorsitzende Franziska Becker plädiert für einen schriftlichen Bericht.

Sibylle Meister (FDP) will vor dem Hintergrund der Aussage auf Seite 5 des Berichts rote Nr. 0179

Ausnahme bilden einige Bezirke, die offensichtlich in der Lage sind, zusätzliche Planungen und Vergabeverfahren, vermutlich aufgrund einer angemessenen Personalausstattung, umsetzen zu können.

wissen, um welche Bezirke es sich handle.

Vorsitzende Franziska Becker fragt, ob das für den schriftlichen Bericht ergänzt werden könne.

Sibylle Meister (FDP) bejaht das. – Überdies bitte sie um Aufklärung, warum, wie auf Seite 6 des Berichts erwähnt, ein Zugriff auf ProFiskal noch nicht flächendeckend sichergestellt sei. Wie könne Abhilfe geschaffen werden?

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der angeforderte Bericht zur zweiten Lesung vorliegen solle und der Bericht rote Nr. 0179 zur Kenntnis genommen sei.

Kapitel 0520 – Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport – Verfassungsschutz -

Christian Hochgrebe (SPD) erkundigt sich zum Titel 54006 – Besondere Aufgaben –, was sich hinter den „besonderen Aufgaben“ verberge.

Tobias Bauschke (FDP) fragt vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine zum Personal, ob geplant sei, Stellen anzupassen. – Was sei unter coronabedingter verminderter Fahrzeugnutzung im Jahr 2022 im Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen – zu verstehen?

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, dass sie Senatorin Spranger entschuldigen müsse, die einer Sitzung beiwohne, aber zugesagt habe, zur zweiten Lesung Rede und Antwort zu stehen. Staatssekretär Dr. Kleindiek übernehme im Folgenden die Beantwortung der Fragen.

Christian Goiny (CDU) äußert Verständnis dafür, dass es wichtige Regierungsgeschäfte gebe. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn die Senatsmitglieder dies rechtzeitig vor Beginn der Sitzung mitteilen.

Vorsitzende Franziska Becker erklärt, das Vorgehen in einem solchen Fall sei klar und bekannt; es könne aber noch einmal in Erinnerung gerufen werden.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) bemerkt, der Krieg in der Ukraine betreffe alle Bereiche von SenInnDS. Daher gebe es intensive Überlegungen. Konkretes könne er aber nicht sagen.

Die Frage zur Fahrzeugnutzung werde er schriftlich beantworten. Allgemein verweise er nur auf den Rückgang der Mobilität in Coronazeiten und die Zunahme von Videokonferenzen.

Christian Goiny (CDU) kündigt eine schriftliche Frage zum Verfassungsschutz an.

Christian Hochgrebe (SPD) erinnert an seine eingangs gestellte Frage; dieselbe könne aber auch schriftlich beantwortet werden.

Der **Ausschuss** erwartet einen schriftlichen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung.

Titel 81259 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, ob in Bezug auf die geplante Ersatzbeschaffung der 240 SINA-Thin-Clients die Möglichkeit bestehe, die Beschaffung zu strecken, sodass ein Teil der Geräte erst im Jahr 2023 erworben würde. Dies frage er auch angesichts möglicherweise noch anstehender Priorisierungsentscheidungen.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) gibt an, das müsse er erfragen. Insofern werde die Antwort schriftlich erfolgen.

Dr. Kristin Brinker (AfD) kündigt an, dass ihre Fraktion zur Seite 103 des Einzelplans 05 schriftlich Fragen einreichen werde.

**Kapitel 0531 – Polizei Berlin - Behördenleitung –
bis Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich
des Landes Berlin**

- Gesamt -

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0531 – Polizei Berlin - Behördenleitung –

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Julia Schneider (GRÜNE) erkundigt sich, welche Maßnahmen im Jahr 2020 „aufgrund anderer zwingender Bedarfe“ zurückgestellt worden seien, wie es in der Erläuterung heiße.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) vergewissert sich, ob seine titelübergreifende Berichtsbitte zu den Dienstreisen festgehalten worden sei. Ihm gehe es um eine Darlegung, wo man bei der Veranschlagung auf dem Coronaniveau bleibe und wo man darüber hinausgehe und warum.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, zum Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten eine schriftliche Frage nachzureichen.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) erklärt, dass es dazu einen Bericht im Ausschuss geben werde.

**Titel 54610 – Sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen im Rahmen
europäischer Netzwerke**

Tobias Bauschke (FDP) will vor dem Hintergrund der niedrigen Ansätze wissen, ob das Programm wieder aufgenommen werde.

Kerstin Alms (SenInnDS) betont, dass das Programm fortgesetzt werde. Welche Hospitationen möglich seien, ergebe sich stets kurzfristig. Angaben dazu, was genau in naher Zukunft vorgesehen sei, müssten ggf. schriftlich erfolgen.

Tobias Bauschke (FDP) bittet um einen schriftlichen Bericht, der auch eine Aussage darüber enthalte, welche Länder ein Ziel seien und wie viele Beamtinnen und Beamte teilnähmen.

Der **Ausschuss** erwartet einen schriftlichen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung.

Christian Hochgrebe (SPD) äußert als technische Frage, warum die Nummer 004842 im Kapitel 0531 – Polizei Berlin - Behördenleitung – etatisiert sei, nicht aber im Kapitel 0559 –

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin –, obwohl Staatsbesuche und Ähnliches betroffen seien.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) verweist darauf, dass es sich bei der angesprochenen Stelle um die Produktdarstellung handele. Die Veranschlagung selbst werde im Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin – vorgenommen.

Kapitel 0532 – Polizei Berlin - Landespolizeidirektion –

Titel 12504 – Erlöse für Dienstleistungen

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt, wie sich die Überschreitung des Ansatzes durch den Ist-Wert für 2021 erkläre.

Kerstin Alms (SenInnDS) führt an, dass Einnahmen für Leistungen aus dem Entgelterlass der Polizei wie die Begleitung von Geldtransporten nicht im Vorfeld kalkuliert werden könnten. Der konkrete Anlass für die Überschreitung im Jahr 2021 müsse schriftlich nachgereicht werden.

Christian Hochgrebe (SPD) bittet zur zweiten Lesung um einen Bericht zu den Fahrzeugen der Polizei, der detailgenaue Angaben enthalte, wann welche und wie viele Fahrzeuge zu beschaffen seien. Für den Bericht solle auch berücksichtigt werden, welche Anschaffungen vom Bund finanziert würden und wie es um die technische Ausstattung der Fahrzeuge bestellt sei. Gleiches gelte auch für die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in Hinblick auf die Klima- und CO₂-Neutralität der Fahrzeugflotte. Des Weiteren erbitte er einen Sachstandsbericht zur Ausbaustufe der Ladesäulen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) ersucht darum, dass der Bericht Aussagen zu den Finanzierungsmodellen enthalte – und wofür man sich entscheide.

Julia Schneider (GRÜNE) schließt sich den Fragen ihrer beiden Vorredner an. – Zum Titel 51133 – Erwerb von Tieren – frage sie, um wie viele Diensthunde es gehe und was in diesem Kontext unter „Ersatzbeschaffung“ zu verstehen sei. Die Antwort könne mündlich erfolgen.

Christian Goiny (CDU) äußert die Bitte, im Bericht zu den Fahrzeugen auch darauf einzugehen, wie im Zivilschutz- oder Katastrophenfall die Nachlademöglichkeit von Fahrzeugen ohne Benzin- oder Dieselantrieb gewährleistet werden könne.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass es einen umfangreichen Bericht zu Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände – geben werde.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) bemerkt, dass der Bedarf an neuen Diensthunden im Vorhinein nur schwer zu prognostizieren sei; er sei von den einzelnen Hunden und auch davon abhängig, ob und wie diese eingesetzt würden. Im Nachhinein könne gern darüber berichtet werden.

Eine Aufstellung der Polizeifahrzeuge sei, wenn auch nicht in der gewünschten Detailtiefe, auf den Seiten 212 und 213 des Einzelplans 05 zu finden. Es sei mitnichten so, dass SenInnDS keine Vorstellung davon habe, welche Fahrzeuge für die Polizei anzuschaffen seien.

Titel 51420 – Beköstigung

Julia Schneider (GRÜNE) erkundigt sich, wie die Aussage zu verstehen sei, dass der Ansatz einen Anteil von 400 000 Euro „ausschließlich für Zwecke der Pandemiebekämpfung“ enthalte.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) legt dar, dass auch bei der Verpflegung erhöhte Hygiene- und Infektionsschutzvorkehrungen zu beachten seien und die Anzahl der Einsätze bei Demonstrationen deutlich gestiegen sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Julia Schneider (GRÜNE) bittet um Erläuterung, warum die veranschlagten Ausgaben für die Umsetzung von Fahrzeugen deutlich stiegen.

Kerstin Alms (SenInnDS) bringt vor, dass neue Rahmenverträge ausgeschrieben worden seien. Im Zuge dessen seien ab 2023 Kostensteigerungen zu verzeichnen. Außerdem seien im Haushalt zusätzliche Verkehrsüberwachungsgeräte vorgesehen. Folglich werde ein Anstieg bei der Umsetzung von Fahrzeugen erwartet.

Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund

Tobias Bauschke (FDP) will wissen, ob der im Vergleich zum Ist-Wert von 2020 niedrigere Ansatz für 2022 und 2023 für den gemeinsam mit dem Bund genutzten Hubschrauber sich auf die Einschätzung gründe, die Einsatzlage werde sich entspannen.

Kerstin Alms (SenInnDS) erläutert, dass sich der Ansatz von 250 000 Euro im Laufe der Jahre als Durchschnittswert herausgebildet habe. Die Einsätze an sich könnten nicht vorhergesehen werden. Im Rahmen der Haushaltswirtschaft werde dann angesteuert. Sollte die Anzahl der Einsätze zunehmen, müsste der Titel verstärkt werden.

Titel 63202 – Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen

Christian Hochgrebe (SPD) fragt, ob Berlin seine Beamtinnen und Beamten auch in andere Länder entsende. Wenn ja, wo sei der entsprechende Einnahmetitel zu finden?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) führt aus, dass Berlin auch in andere Länder entsende. Allerdings würden andere Länder deutlich mehr nach Berlin entsenden als umgekehrt. Die Einnahmetitel seien entsprechend aufgeführt.

Christian Hochgrebe (SPD) fragt nach, wo dies der Fall sei.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) verweist auf Titel 23103 – Ersatz von Personalausgaben durch den Bund bei Abordnungen und Versetzungen – und Titel 23203 – Ersatz von Personalausgaben durch die Länder bei Abordnungen und Versetzungen –.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Julia Schneider (GRÜNE) nimmt Bezug auf die Erweiterung des Gerätebestandes der AVÜK-Anlagen im Umfang von sechs Geräten. Das komme ihr wenig vor.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) erklärt, dass der Umfang der Erweiterung das Ergebnis dessen sei, was sich bei der Beratung über den Haushalt nach Abwägung aller Gesichtspunkte ergeben habe; mehr wäre immer wünschenswert.

Kapitel 0533 – Polizei Berlin - Direktion 1 –
Kapitel 0534 – Polizei Berlin - Direktion 2 –
Kapitel 0535 – Polizei Berlin - Direktion 3 –
Kapitel 0536 – Polizei Berlin - Direktion 4 –
Kapitel 0537 – Polizei Berlin - Direktion 5 –
Kapitel 0538 – Polizei Berlin - Direktion 6 –
Kapitel 0541 – Polizei Berlin - Direktion Einsatz –

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0543 – Polizei Berlin - Landeskriminalamt –

**Titel 11149 – Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren
im Umweltschutz**

Titel 11153 – Gebühren nach Bundesrecht

Benedikt Lux (GRÜNE) schildert seinen Eindruck, dass das vom Abgeordnetenhaus in der Vergangenheit mit dem Ziel, mehr Kontrollen zu ermöglichen, bewilligte zusätzliche Personal bei der Waffenbehörde mit der Ermöglichung von Waffengenehmigungen befasst sei. Führt die höheren Einnahmen bei den Gebühren zu mehr Personal, das Kontrollen nach dem Waffengesetz durchführen könne?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) räumt ein, dass es noch nicht gelungen sei, alle Stellen zu besetzen. Es treffe aber nicht zu, dass die bereits besetzten Stellen anders als vorgesehen verwendet würden.

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke

Christian Hochgrebe (SPD) bittet darum, den großen Unterschied zwischen dem Ist für 2020 und den Ansätzen für die Folgejahre zu erläutern.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) macht geltend, dass die entsprechenden Einnahmen nur schwer zu kalkulieren seien. Man habe es mit Entwicklungen zu tun, die sich unterjährig ergäben.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

Dr. Kristin Brinker (AfD) äußert die Bitte, mündlich zu erläutern, in welchem Verhältnis die hohen Ist-Ausgaben für Sondertechnik im Jahr 2020 und die vergleichsweise geringen Ansätze für 2022 und 2023 stünden. Seien Altgeräte repariert worden und funktionierten wieder, oder seien Anschaffungen vorgenommen worden, sodass die hohen Reparaturkosten nun nicht mehr anfielen?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) sagt unter Verweis auf die Erläuterung des Titels, dass die hohen Ist-Ausgaben „vor allem aus einem erhöhten Bedarf an Reparaturen und Ersatzbeschaffungen“ resultierten. Aufgrund des hohen Altgerätebestandes infolge eines Investitionsstaus fielen die Reparaturkosten entsprechend hoch aus. Die Ersatzbeschaffung sei aber inzwischen forciert worden, sodass sich diese Entwicklung nicht in dem Maße fortsetzen werde.

Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen

Tobias Bauschke (FDP) will wissen, ob die Ansätze für 2022 und 2023 vor dem Hintergrund der gestiegenen Energiekosten und der allgemeinen Inflation nicht zu gering ausfielen oder ob der verhältnismäßig hohe Ist-Wert für 2020 tatsächlich in einem außergewöhnlichen Mehr an Wartungs- und Reparaturkosten begründet liege.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) stellt heraus, dass die Entwicklung der Preise für Treibstoffe bei der Haushaltsaufstellung so noch nicht abzusehen gewesen sei. Hier müsse geklärt werden, wo sich Nachsteuerungsbedarf ergeben habe.

Titel 54042 – Leistungen an die Labor Berlin - Charité Vivantes GmbH

Christian Hochgrebe (SPD) fragt angesichts der fehlenden Ansätze für 2022 und 2023 und der Titelerläuterung „Auflösung des Vertrages für DNA-Untersuchungen“, wer diese Untersuchungen aktuell durchführe.

Kerstin Alms (SenInnDS) erläutert, dass SenInnDS den Vertrag im Jahr 2020 aufgrund eines Kammergerichtsurteils habe auflösen müssen, und zwar entgegen der ursprünglichen Planung. Laut Gericht gebe es vergleichbare Labore, die DNA-Analysen in vergleichbarer Qualität durchführen könnten. Im Zuge mehrfacher Ausschreibungen nähmen aktuell externe Labore die Untersuchungen vor. SenInnDS plane jedoch, das Kriminaltechnische Institut – KTI – des LKA so zu ertüchtigen, dass es sämtliche DNA-Analysen selbst durchführen könne. Momentan werde das entsprechende Personal erst aufgestockt, sodass ggf. noch einmal ausgeschrieben werden müsse. Wenn sich der zu untersuchende Bestand an DNA-Material erhöhe, greife SenInnDS ebenfalls auf eine externe Ausschreibung zurück.

Benedikt Lux (GRÜNE) erkundigt sich, ob es eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gebe, was Kosten und Nutzen anbelange. Falls ja, bitte er um Darlegung.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) fragt nach, worauf sich die Frage nach einer Wirtschaftlichkeitsberechnung beziehe.

Benedikt Lux (GRÜNE) antwortet, Bezugspunkt seiner Frage sei die Rekommunalisierung der DNA-Auswertung.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) erklärt, dass dazu eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliege, die nachgereicht werden könne.

Sibylle Meister (FDP) bemerkt, für sie sei trotz der Erläuterungen die Frage ungeklärt, wer die DNA-Untersuchungen im laufenden Jahr durchführe. Des Weiteren wolle sie wissen, in welchen Titeln die Planung der DNA-Analysen in Eigenregie abgebildet sei.

Kerstin Alms (SenInnDS) bekräftigt, dass es sich um einen fortlaufenden Ausschreibungsprozess gehandelt habe, in dessen Zuge jeweils ein gewisses Spurenaufkommen ausgeschrieben worden sei. So seien nach einer Ausschreibung im Jahr 2021 mehr als 10 000 Proben analysiert worden; eine weitere Ausschreibung habe eine ähnliche Größenordnung betroffen.

Die derzeitigen Ausgaben für die Analyse der DNA-Proben in Eigenregie gliederten sich in Personalausgaben – ab 2023 kämen 14 neue Stellen hinzu –, Kosten für Verbrauchsmittel und auch in Aufwendungen für Dienstleistungen, um ggf. Externe zu beauftragen.

Vorsitzende Franziska Becker erinnert daran, dass nach den konkreten Titeln gefragt worden sei.

Kerstin Alms (SenInnDS) legt dar, dass das beim LKA den Titel 54010 – Dienstleistungen – betreffe, während der Laborbedarf im Titel 51433 – Laborbedarf und kriminaltechnisches Verbrauchsmaterial – abgebildet sei. Die Personalkosten fänden sich in Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten – wieder.

Christian Hochgrebe (SPD) kommt zurück auf das KTI. Der Koalitionsvertrag sehe vor, die entsprechenden Planungen – insbesondere baulicher Art – voranzutreiben. Er bitte zur zweiten Lesung um einen Sachstandsbericht zu den Planungen, der mit Zahlen unterlegt sei.

Benedikt Lux (GRÜNE) interessiert, wie lange das KTI noch an seinem jetzigem Standort am Tempelhofer Damm bei der derzeitigen Auftragslage weiter betrieben werden könne.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) bringt vor, dass die unzureichenden Laborkapazitäten am jetzigen Standort mit zu der Vereinbarung im Koalitionsvertrag geführt hätten. Da am Standort Tempelhofer Damm keine Erweiterungsmöglichkeiten bestünden, solle ein Neubau an einem anderen Standort, der noch nicht gefunden sei, erfolgen. Der aktuelle Haushalt beinhalte die Veranschlagung für die Planung.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet um Mitteilung, in welchem Titel die Veranschlagung zu finden sei. – Vor dem Hintergrund der unzureichenden Laborkapazitäten des KTI wolle er wissen, wie die gesetzlich vorgesehenen Aufgaben zur Strafverfolgung abgearbeitet würden und welche Folgen es für die Strafverfolgung im Land Berlin habe, wenn die Labore des LKA die Auftragslage momentan nicht abarbeiten könnten. Wann sei damit zu rechnen, dass die Auftragslage bei der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr bei erheblichen Gefahren vollständig, und zwar kurzfristig, abgearbeitet werden könne?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) stellt eine schriftliche Beantwortung in Aussicht.

Benedikt Lux (GRÜNE) erklärt, das bedeute, dass der Staatssekretär die Frage, ob das Land Berlin momentan in der Lage sei, alle in Strafverfahren und erheblichen Gefahrenabwehrvorgängen anfallenden Informationen, die eine Auswertung durch das KTI benötigten, abzuarbeiten, nicht aus eigener Kenntnis beantworten könne. Oder sei das unzutreffend? – Ggf. müsste der zuständige Staatssekretär oder die Abteilungsleitung Stellung nehmen.

Vorsitzende Franziska Becker regt an, das im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung zu tun.

Benedikt Lux (GRÜNE) entgegnet, es sei die Aufgabe des Hauptausschusses, für die Aufgabenerledigung zu sorgen, wenn für die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben Mittel nötig seien.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) präzisiert seine Ausführungen insofern, als es nach seinen Informationen am vorhandenen Standort schwierig und herausfordernd sei, alle Geräte unterzubringen, sodass die Polizei in diesem Punkt manchmal an ihre Leistungsgrenze stoße. Vor diesem Hintergrund sei es perspektivisch richtig, nach einem neuen Standort zu suchen.

Klaus Zuch (SenInnDS) bemerkt, dass sich das KTI derzeit in einer Übergangsphase befinde. Die Ausschreibung von Spurenpaketen sei aufgrund eines Bearbeitungsrückstaus einfacher DNA-Spuren vorgenommen worden. Parallel würden die Kapazitäten am jetzigen Standort aufgebaut, sodass die Polizei nach derzeitiger Prognose in der Lage sein werde, in der näheren Zukunft alle erforderlichen DNA-Untersuchungen dort durchzuführen. Die notwendige Neuplanung eines KTI sei im Zusammenhang mit den anderen Fachbereichen, die ebenfalls über Labore verfügten, zu sehen. Hier müsse für eine Ausweitung der Kapazitäten gesorgt werden.

Benedikt Lux (GRÜNE) bedankt sich für die Ausführungen. Könne die Einhaltung aller Arbeitsschutzbestimmungen in den Laboren garantiert werden, sodass Vorgänge nach Art der erkrankten Schießtrainer ausgeschlossen werden könnten? Wie lange liefen die aktuell gültigen Lizenzen der Labore am bisherigen Standort?

Christian Hochgrebe (SPD) erinnert an die Frage seines Vorredners, in welchem Titel die Planungsmittel veranschlagt seien.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) erklärt, dass die Planungsmittel bislang nicht etatisiert seien; insofern habe er sich zuvor vertan.

Klaus Zuch (SenInnDS) weist darauf hin, dass die DNA-Labore akkreditiert seien und fortlaufend weiter akkreditiert würden. In diesem Kontext würden auch die Arbeitsschutzvorschriften mit betrachtet. Wenngleich hinsichtlich der Auswertungen das Notwendige getan werde, böte ein Neubau ganz andere Möglichkeiten.

Benedikt Lux (GRÜNE) betont, dass sich seine Frage auf alle Labore im KTI bezogen habe.

Klaus Zuch (SenInnDS) stellt klar, dass alle Labore, für die eine Akkreditierung zwingend erforderlich sei, auch akkreditiert würden.

Benedikt Lux (GRÜNE) will wissen, bis wann die Akkreditierungen liefen und wann die Labore weiter akkreditiert würden.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) erwidert, das komme auf den Zeitpunkt der jeweiligen Akkreditierung an und sei insofern unterschiedlich. Er frage den Abgeordneten Lux, ob er eine Aufstellung über alle Akkreditierungsphasen habe wolle.

Benedikt Lux (GRÜNE) bejaht dies; die Antwort könne schriftlich erfolgen.

Der **Ausschuss** erwartet einen schriftlichen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung.

Titel 81233 – Videovernehmung

Tobias Bauschke (FDP) fragt, was es mit der Titelerläuterung „Die Maßnahme ist abgeschlossen.“ auf sich habe und was genau für die Maßnahme angeschafft worden sei.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) antwortet, dass die Ausstattung abgeschlossen sei. Daher könnten die Videovernehmungen durchgeführt werden. Weitere Mittel für die Ausstattung seien nicht erforderlich.

Tobias Bauschke (FDP) erkundigt sich, was genau für eine Summe von 714,02 Euro angeschafft worden sei.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) gibt an, dass er das nicht ad hoc beantworten könne.

Vorsitzende Franziska Becker regt an, das bilateral zu klären.

Tobias Bauschke (FDP) erklärt sich damit einverstanden.

Kapitel 0552 – Polizei Berlin - Polizeiakademie –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0556 – Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service -

Titel 23152 – Sonstige Zuweisungen

Christian Hochgrebe (SPD) bittet um eine kurze Erläuterung zu diesem Titel, der für die Kostenerstattungen durch den Bund für das Digitalfunknetz nur noch einen Merkposten vorsehe. Außerdem äußere er in Bezug auf den im Laufe der Sitzung bereits angeforderten Bericht zum Digitalfunknetz die Bitte, in der Beantwortung mit zu berücksichtigen, ob die entsprechenden Sendemasten vollständig ausgebaut seien.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der erbetene Bericht in diesem Sinne ergänzt werde.

Titel 45201 – Nachversicherungen

Benedikt Lux (GRÜNE) erkundigt sich, wie der deutlich höhere Ansatz für 2021 zustande gekommen sei und warum er für die Jahre 2022 und 2023 wieder auf das Niveau von 2020 sinke.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) kündigt an, die Frage schriftlich zu beantworten.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet zur lfd. Nr. 82 – Pauschale für den Abbau Sanierungsstau sowie für die Anmietung weiterer Liegenschaften (neue Wachen, zusätzliche Unterbringungsflächen durch Stellenaufwuchs Encrochat und der Bußgeldstelle) – hierzu VE's in 2022 & 2023 – um eine standort- und maßnahmenscharfe Aufschlüsselung für die Nettokaltmiete in den Jahren 2022 und 2023, für die die Ansätze deutlich voneinander abwichen. Des Weiteren bitte er um einen schriftlichen Bericht zur nach seinem Dafürhalten in der lfd. Nr. 82 enthaltenen Planung, Umsetzung und zu den Investitions- und laufenden Mietkosten für die geplante Wache am Kottbusser Tor. Berücksichtigt werden solle auch die Frage der Partizipation der Gesellschaft einschließlich möglicher investiver bzw. konzeptioneller Schlussfolgerungen.

Der **Ausschuss** erwartet einen schriftlichen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung.

Benedikt Lux (GRÜNE) erkundigt sich mit Blick auf die lfd. Nr. 62 – Ringbahnstraße 132 –, ob am dortigen neuen Antiterrorzentrum, dessen Mietkosten nicht unerheblich seien, Beschäftigte inzwischen die Arbeit aufgenommen hätten oder ob ggf. noch Umzüge ausstünden.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) teilt mit, dass dort bereits Menschen arbeiten.

Kerstin Alms (SenInnDS) ergänzt, dass die ersten Mitarbeiter im November 2021 eingezogen seien. Die Inbetriebnahme erfolge schrittweise. Die hohe Miete sei darauf zurückzuführen, dass nach Abschluss der Umzüge insgesamt 1 200 Mitarbeiter in dem großen Bürokomplex unterkämen. Hinzu komme die erforderliche technische Ausstattung. Es sei geplant, dass alle Bereiche Ende des Jahres in Betrieb gingen. Zudem laufe momentan die Errichtung des zweiten Bauabschnitts, der hauptsächlich für die Spezialeinheiten vorgesehen sei.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob die Nutzung des zweiten Bauabschnitts an die Laufzeit des Mietvertrags gekoppelt sei.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) bejaht dies.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, ob noch genügend Restlaufzeit für die Nutzung übrig bleibe.

Kerstin Alms (SenInnDS) erklärt, dass der Mietvertrag langfristig angelegt sei – ihres Wissens nach auf 20 Jahre. Überdies enthalte der Vertrag Optionen für eine Laufzeitverlängerung. Insofern habe man herausgeholt, was herauszuholen gewesen sei.

Titel 81249 – Einsatzleitzentrale (Stützungsmaßnahmen)

Christian Hochgrebe (SPD) bemerkt, er nehme den Titel zum Anlass, einen Bericht zur kooperativen Leitstelle und deren Zeitschiene und Kosten zu fordern.

Der **Ausschuss** erwartet einen schriftlichen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung.

Titel 81251 – Modernisierung der bestehenden Rechenzentren der Polizei Berlin

Christian Hochgrebe (SPD) bittet um eine mündliche Auskunft, warum die Maßnahme erforderlich sei und die entsprechenden Dienstleistungen nicht durch das ITDZ erbracht werden könnten.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) unterstreicht, dass eine polizeieigene Rechenzentrumsinfrastruktur sinnvoll wie notwendig sei, da bestimmte Sicherheitsvorkehrungen anderswo nicht gewährleistet werden könnten. Das werde auf absehbare Zeit so bleiben und sei im Übrigen nicht nur in Berlin so geregelt. So müssten besondere Rechenzentrumsleistungen, etwa für die Telekommunikationsüberwachung, das Einsatzleitsystem, bestimmte Massendatenauswertungen oder Daten, die in besonderer Weise schutzbedürftig seien, bereitgehalten werden. Ferner bedürfe es besonderer Firewalltechnologien sowie geschützter Verbindungen zum Bundeskriminalamt und zu den Polizeien der anderen Länder. Des Weiteren spiele die 24/7-Bereitschaft eine Rolle. Dort, wo es möglich sei, etwa bei bestimmten Vorgangsbearbeitungen, die nicht in dem Maße sicherheitsrelevant seien, werde aber auch für die Polizei und aus der Polizei heraus die Rechenzentrumsleistung des ITDZ genutzt.

Kapitel 0559 – Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Steffen Zillich (LINKE) nimmt Bezug auf die allgemeine Erläuterung des Kapitels, wonach Personalkosten für besondere Einrichtungen wie bspw. die Wache im Regierungsviertel oder auch für besondere Großlagen anfielen. Die Verwaltung möge schriftlich darstellen, wie die anteiligen Personalkosten ermittelt und etatisiert würden, die einsatz- und nicht institutionsbezogen abgerechnet würden. Welche Kriterien lägen für solche Großlagen vor, damit sie als hauptstadtbezogen gälten?

Der **Ausschuss** erwartet den erwünschten Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 am 11. Mai 2022.

Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr - Behördenleitung –

Julia Schneider (GRÜNE) erkundigt sich zu Titel 11122 – Eintrittsgelder, ob das Feuerwehrmuseum geschlossen bleibe. Das Ist 2021 sei bei null gewesen.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) erwidert, das Museum sei bereits wieder eröffnet und solle auch offen bleiben. In 2021 sei es geschlossen gewesen.

Julia Schneider (GRÜNE) spricht an, dass bei Titel 54053 – Veranstaltungen keine Gender-Budgeting-Zielsetzung formuliert sei, da lt. Verwaltung keine Steuerungsmöglichkeit gesehen werde. Sie rege an, den Girls' Day als Möglichkeit der Nachwuchswerbung und -bindung in Betracht zu ziehen.

Kerstin Alms (SenInnDS) führt aus, die Feuerwehr bewerbe den Girls' Day bereits sehr, um den noch sehr geringen Anteil von Frauen bei der Feuerwehr künftig zu steigern. Dass sich diese Aktivität nicht in den Erklärungen wiederfinde liege darin begründet, dass sie letztlich keine finanziellen Mittel nach sich ziehe. Die Werbungskosten seien anderswo veranschlagt. Welche weiteren Bemühungen die Feuerwehr unternehme, Frauen für eine Tätigkeit zu gewinnen, sei in den Berichten für den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung und den Unterausschuss Verwaltung dargestellt.

Im angesprochenen Titel seien Mittel für Großveranstaltungen wie den Tag der offenen Tür der Feuerwehr veranschlagt; darauf beziehe sich der Hinweis „keine Steuerungsmöglichkeit gegeben“, da das Besucheraufkommen solcher Veranstaltungen nicht beeinflussbar sei.

Julia Schneider (GRÜNE) äußert, sie würde es begrüßen, wenn der nächste Haushaltplanentwurf den Girls' Day oder andere entsprechende Aktivitäten berücksichtige.

Kapitel 0562 – Berliner Feuerwehr - Direktionen -

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich, warum das von der Koalition geplante Modellprojekt Kriseninterventionsteam nicht veranschlagt worden sei. Wie könne es finanziell untersetzt werden? – Zum Katastrophenschutzzentrum möge die Verwaltung ein Konzept vorlegen und die mit dem Zentrum verbundenen Aufwandskosten mitteilen. Zu beiden Themen bitte er um einen Bericht.

Der **Ausschuss** erwartet den erbetenen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 05.

Titel 11152 – Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt, auf welcher Basis die Veranschlagungen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 vorgenommen worden seien. Wie erkläre sich, dass die ihm vorliegende Ist-Liste 2021 48 Mio. Euro aufweise, während im Ansatz 2021 94 Mio. Euro veranschlagt seien?

Seitens des Bundes gebe es Bemühungen, für Leistungen des Rettungsdienstes für ambulante Vor-Ort-Versorgungen von Patienten, die anschließend nicht in ein Krankenhaus gebracht würden, eine Kostenübernahme durch die Krankenkassen festzuschreiben. Wie verändere sich dadurch die Einnahmensituation des Berliner Rettungsdienstes?

Lägen aktuell Klagen der Krankenkassen gegen das Land Berlin anlässlich der Rettungsdienstgebühren vor, falls ja, in welcher Größenordnung?

Christian Hochgrebe (SPD) bittet um einen schriftlichen Bericht zu dem im Koalitionsvertrag verankerten Sondersanierungsprogramm Feuerwehren. Schwerpunkte sollten die Instandsetzungen und Sanierungen der Feuerwehren sowie der dortigen sanitären Einrichtungen sein, die finanziell abzusichern man vereinbart habe.

Kerstin Alms (SenInnDS) erläutert, das geringe Ist 2021 in Titel 11152 – Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften resultiere daraus, dass die Verwaltung Klagen abzarbeiten gehabt habe und in Abstimmung mit SenFin die Zahlungen an die Krankenkassen aus diesem Einnahmetitel geleistet habe.

Der Anstieg in 2022 und 2023 resultiere aus der neuen NEF-Gebühr für die neuen und auch ausgeweiteten Standorte der Notarzteinsatzfahrzeuge; daher sei eine höhere Kalkulation der Einnahmen erfolgt.

Derzeit liefen keine Klagen, allerdings sei die Verwaltung noch damit befasst, die Ergebnisse der letzten Klagen gemeinsam mit den Krankenkassen zu berechnen; es handele sich um die letzte, zweite große Rate. In 2021 sei bereits ein kleiner Abschlag gezahlt worden, der Rest müsse sich in 2022 wiederfinden. Das Oberverwaltungsgericht habe der Kalkulation von SenInnDS im Prinzip zu 90 Prozent zugestimmt. Bei dem sog. Devisor – durch wie viele Vorgänge man die entsprechenden Kosten teilen müsse – habe die Verwaltung leider nicht obsiegt, daher müsse sie die gesamte Kalkulation neu aufsetzen.

Notbehandlungen ohne Transport fänden in Berlin durchaus statt. Es sei eine gemeinsame Gebühr erlassen worden – Behandlung oder Behandlung mit Transport –, die von den Krankenkassen unter Vorbehalt gezahlt werde, obwohl sie in den Gesprächen wie auch sonst stets darauf verwiesen, dass die Übernahme der Kosten eigentlich nicht möglich sei, da das Sozialgesetzbuch sie nicht vorsehe. Der Bund versuche, hier eine Anpassung vorzunehmen. – Zum Sanierungsprogramm werde schriftlich berichtet.

Christian Goiny (CDU) bittet die Fachverwaltung um nähere Erläuterung, warum sie Ausgaben aus einem Einnahmetitel leiste.

Frank Balzer (CDU) richtet diese Frage an die Finanzverwaltung.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) antwortet, bei öffentlich-rechtlichen Einnahmen sei es haushaltstechnisch möglich, Ausgaben aus einem Einnahmetitel zu leisten.

Frank Balzer (CDU) erkundigt sich, ob dieses Verfahren auch bei den Bezirken schon einmal zur Anwendung gekommen sei.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) erwidert, die Frage könne sie nicht beantworten. Aus ihrer Zeit als Finanzstadträtin erinnere sie sich nicht daran. – Für diesen Titel und diesen Fall sei das Verfahren mit dem Rechnungshof abgestimmt.

Sibylle Meister (FDP) erkundigt sich nach der Höhe der Gelder, die die Verwaltung habe zurückzahlen müssen. Wie verhielten sich die Zahlen zueinander – seien Einnahmen i. H. v. 94 Mio. Euro zu verzeichnen gewesen, und die Differenz zum Ist von 48 Mio. Euro sei der Betrag, der zurückgeflossen sei?

Kerstin Alms (SenInnDS) meint, ihrer Erinnerung nach seien in 2021 höhere Einnahmen als 94 Mio. Euro zu verzeichnen gewesen; sie werde die Angabe nachliefern. Davon seien Gelder für die Rückzahlung an die Krankenkassen abgezogen worden; übrig geblieben sei das Ist i. H. v. 48 Mio. Euro. – Zur Frage, warum so verfahren worden sei: In 2021 habe ihre Verwaltung den Vertrag abgeschlossen, und wenn die Zahlung im selben Jahr geleistet werde, dürfe sie auch aus Einnahmetiteln erfolgen.

Christian Goiny (CDU) fragt nach, ob sich die Verwaltung mit den Krankenkassen darauf verständigt habe, dass sie weniger zahlen müssten. Andernfalls brauche es einen Ausgabetitel.

Kerstin Alms (SenInnDS) stellt klar, alle Einnahmen seien bei dem Einnahmetitel eingenommen worden. Die aus den Klagen resultierenden Rückzahlungen an die Krankenkassen seien aus diesem Titel erfolgt.

Christian Goiny (CDU) erkundigt sich nach dem Vorteil dieses Verfahrens. Haushaltssystematisch sei es ihm unverständlich. In welchen Fällen und warum werde so vorgegangen?

Steffen Zillich (LINKE) bittet SenFin, die Sachverhalte aufzulisten, bei denen solche Nettobetrachtungen stattfänden.

Der **Ausschuss** beschließt den erbetenen Berichtsauftrag.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, seine Fraktion werde schriftliche Nachfragen zu Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten einreichen.

Christian Hochgrebe (SPD) bittet mit Bezug auf Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke um einen Bericht zu den Stroke-Einsatz-Mobilen. Die für deren Einsatz entstehenden Kosten, die an verschiedenen Stellen etatisiert würden, bspw. in Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben, sollten zusammengefasst dargestellt werden, um eine Übersicht zu erhalten, welche Ausgaben für die drei Fahrzeuge momentan entstünden. Einen Sachstand bitte er auch zu dem vierten, in der Werkstatt befindlichen Wagen. Habe sich im Vergleich zu den letzten Haushaltsberatungen die Situation in Sachen Kostenerstattung durch die Krankenkassen verändert? Sei das wissenschaftliche Evaluationsprojekt inzwischen abgeschlossen? Falls ja, sollte es dem Bericht beigelegt werden.

Christian Goiny (CDU) ergänzt, der Bericht solle eine Einschätzung des Einsatzes der Mobile aus wissenschaftlicher Sicht geben, auch unabhängig davon, ob das Evaluationsprojekt bereits abgeschlossen sei. Sei sichergestellt, dass das Fahrzeug in der Leitstelle bei den Alarmierungsschlagworten mitgedacht werde? In der Vergangenheit sei dies oft nicht der Fall gewesen.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Ausschuss erwarte den erbetenen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 am 11. Mai 2022.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte

Sebastian Walter (GRÜNE) kommt auf das Gender-Budgeting zu sprechen. In der letzten Wahlperiode sei der Prozess dazu mit einem Auflagenbeschluss sowie einem Beschluss des Parlamentes neu angestoßen worden. Die Ideen der AG Gender-Budgeting seien in das Aufstellungsroundschreiben von SenFin eingeflossen und gäben Anregungen, wie es gelinge, das Gender-Budgeting voranzubringen. Die Berliner Feuerwehr habe sich offenkundig am stärksten mit der Prüfung befasst, wo geschlechtsspezifische Angaben im Haushaltsplan verankert werden könnten. Keinem anderen Teil der Verwaltung, so sein Eindruck, sei dies so gut gelungen wie der Berliner Feuerwehr. Dafür sei er ihr sehr dankbar.

Bei einer Vielzahl von Titeln entfielen die GB-Zielsetzung und -Steuerungsmaßnahmen, so auch bei den o.g. Titeln, was hier letztlich naheliegend sei. Er rege an, die Kapazitäten an den Stellen, wo die Steuerung nach Gender-Budgeting dann doch von grundsätzlicher Relevanz sei, zu nutzen und die Ausführungen darüber etwas eingehender zu gestalten, so bspw. bei Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder Titel 53105 – Beteiligung an Messen und Ausstellungen, Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen zur Anwerbung neuer Dienstkräfte, bei Titel 54053 – Veranstaltungen bzw. in Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Zentraler Service- im Titel 52501 – Aus- und Fortbildung. Die gegebenen Hinweise bei Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge etc. seien deshalb nicht verzichtbar, bei der Schwerpunktbildung sollte etwas nachgesteuert werden.

Titel 81101 – Lösch-Hilfeleistungsfahrzeuge

Julia Schneider (GRÜNE) fragt mit Bezug auf jene Titeln, in denen Mittel für die Beschaffung von Fahrzeugen etatisiert seien – S. 269ff. –, warum die veranschlagten Kosten eines Gegenstandes in 2022, einzeln heruntergerechnet, deutlich niedriger ausfielen als in 2023. An einigen Stellen verdoppelten sich die Stückkosten nahezu.

Christian Hochgrebe (SPD) bittet die Verwaltung, einen Bericht zu den Feuerwehrfahrzeugen zu erstellen, und zwar analog zu dem in der heutigen Sitzung bereits zu den Polizeifahrzeugen erbetenen Bericht.

Treffe es zu, dass das Land Berlin die Anschaffungskosten von Notarzteeinsatzfahrzeugen durch die Krankenkasse erstattet bekomme? Falls ja, bitte er um Erläuterung und Darstellung, wo die Erstattung etatisiert werde.

Kerstin Alms (SenInnDS) erklärt, die Kostensteigerungen von 2022 auf 2023 in den einzelnen Fahrzeugtiteln resultierten insbesondere daraus, dass in 2022 oft zunächst das Fahrgestell der Fahrzeuge, im zweiten Jahr der Aufbau beschafft werde. Manchmal sei es auch möglich, beides in einem Jahr zu leisten, erkennbar an den Erläuterungen „1/1“. Ziehe man die Summen zusammen, zeige sich, dass die Mehrzahl der Fahrzeuge in 2023 endgültig angeschafft seien.

Die Kosten für die Notarzteeinsatzfahrzeuge erhalte die Feuerwehr über die Rettungsdienstgebühren wieder, die sie eintreibe; die Einnahmen würden etatisiert in Titel 11152 – Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften.

Benedikt Lux (GRÜNE) begrüßt bei Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland, dass die Mittel, die das Parlament in den letzten Haushaltsberatungen zur Stärkung der Katastrophenschutzorganisationen vorgesehen habe, fortgeführt würden. Unangenehm aufgefallen sei seiner Fraktion beim Haushaltsvollzug jedoch, dass die für eine Hilfsorganisation vorgesehene Fahrzeugbeschaffung für die Freiwillige Feuerwehr vorgenommen worden sei.

Der Landesbranddirektor habe deutlich gemacht, dass der Fuhrpark eine bestimmte Summe benötige, damit dieser nicht überaltere. Stehe diese bereit, so wie es auch das Ziel des Parlamentes gewesen sei?

Christian Goiny (CDU) erinnert mit beispielhaftem Bezug auf Titel 81106 – Tanklöschfahrzeuge daran, dass in den letzten Haushaltsberatungen thematisiert worden sei, dass Berlin ein neues Konzept zur Bekämpfung von Wald- und Flächenbränden benötige. Die Berliner Feuerwehr und Berliner Forsten hätten eine Arbeitsgruppe einrichten wollen, um zu klären, inwiefern die Feuerwehr mit entsprechenden Einsatzfahrzeugen ausgestattet sei, welche Hydranten und Löschbrunnen in den Wäldern und Forsten Berlins existierten und wie die Durchwegung sichergestellt sei, damit die Fahrzeuge einen Brandherd schnell erreichen könnten. Zur zweiten Lesung möge die Verwaltung einen mit Berliner Forsten abgestimmten Bericht vorlegen, wie weit die Arbeit der Arbeitsgruppe gediehen sei, welche konkreten Maßnahmen in die Wege geleitet und wo welche Maßnahmen ggf. bereits etatisiert worden seien.

Christian Hochgrebe (SPD) vergewissert sich, dass die Krankenkassen an den Anschaffungskosten der Notarzteinsatzfahrzeuge nicht beteiligt seien, sich der Einsatz der Fahrzeuge vielmehr durch die Einnahmen amortisiere, die gegenüber den Krankenkassen für die jeweiligen Rettungseinsätze geltend gemacht würden. – [Kerstin Alms (SenInnDS) nickt.] –

Sibylle Meister (FDP) bittet darum, Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland zur zweiten Lesung des EP 05 zurückzustellen.

Julia Schneider (GRÜNE) spricht beispielhaft Titel 81106 – Tanklöschfahrzeuge an, wo sich der Hinweis „1/1“ finde. Habe sie es richtig verstanden, dass die erste 1 für das Jahr 2022, die zweite 1 für das Jahr 2023 stehe, es sich um die Anzahl der Fahrzeuge handle und in 2022 also ein Fahrgestell gekauft werde und in 2023 ein weiteres? Der Aufbau werde offenbar gleichfalls einmal in 2022 und einmal in 2023 angeschafft. Dort finde sich die von ihr schon erwähnte Kostensteigerung, auf die die Verwaltung noch einmal eingehen möge.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) teilt auf die Frage des Abg. Lux mit, bei der Aufstellung des Haushaltes sei es seiner Verwaltung unter Abwägung aller Gesichtspunkte nicht gelungen, alles, was der Landesbranddirektor für notwendig erachtet habe, abzubilden. Man werde nun mit den vorhandenen Möglichkeiten auskommen oder darauf hoffen, dass sich im parlamentarischen Verfahren ggf. noch Veränderungen ergäben. Der Landesbranddirektor habe „lediglich“ seine Aspekte berücksichtigen müssen; SenInnDS dagegen müsse eine Gesamtschau des Einzelplans vornehmen.

Kerstin Alms (SenInnDS) geht auf die Frage zu Titel 81106 – Tanklöschfahrzeuge ein. Die Tabelle zeige, dass das Fahrgestell im Jahr 2022 deutlich kostengünstiger sei als das zweite Fahrgestell im Jahr 2023, was mit den unterschiedlichen Größen der Tanklöschfahrzeuge zusammenhänge; hier werde also ein kleinerer und ein größerer Typ angeschafft. Bei den Aufbauten falle der Unterschied nicht ganz so gravierend aus, dennoch gebe es in 2023 eine kleine Kostensteigerung.

Der **Ausschuss** beschließt die erbetenen Berichtsaufträge.

Titel 89103 – Zuschuss an das SILB für den Neubau eines Lehrsaalgebäudes an der BFRA –

Titel 89104 – Zuschuss an das SILB für den Neubau einer Übungshalle an der BFRA –

Christian Hochgrebe (SPD) spricht an, dass bei beiden Titeln für das Jahr 2021 jeweils ein Merkposten angebracht gewesen sei. Zur zweiten Lesung möge die Verwaltung schriftlich über den Zeitplan des Umzugs der BFRA nach Tegel berichten. Ergäben sich ggf. Verschiebungen, da Tegel unerwarteterweise eine andere Nutzung erhalten habe? Wie gehe man angesichts einer möglichen Verschiebung mit dem Standort in Schulzendorf um? Zwischenzeitlich seien Überlegungen angestellt worden, dort sowohl das Lehrsaalgebäude als auch die Übungshalle interimweise zu errichten. Wie könne sichergestellt werden, dass an diesem Standort die Arbeit der BFRA erfüllt werden könne, bis der Umzug nach Tegel möglich sei?

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Ausschuss erwarte den Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 05.

Kapitel 0566 – Berliner Feuerwehr - Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0571 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -

Julia Schneider (GRÜNE) regt an, dass die Tabelle zum Gender-Budgeting auf S. 288 überarbeitet werde. Sie scheine nicht richtig ausgefüllt zu sein; die Prozentangaben ergäben nicht insg. 100 Prozent.

Vorsitzende Franziska Becker hält die Zusage von **Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) dazu fest.

**Kapitel 0572 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten –
Personenstands- und Einwohnerwesen –**

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt mit Blick darauf, dass der Ansatz von Titel 81242 – Digitalisierung Mikrofilmarchiv für 2023 auf null stehe, ob die Digitalisierung abgeschlossen und die Mikrofilmarchivierung damit beendet sei. Oder sei vorgesehen, weitere Archive dieser Art vorzuhalten?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) kündigt einen schriftlichen Bericht an. Vermutlich sei die Digitalisierung abgeschlossen.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Bericht werde rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 05 erwartet.

**Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten –
Kraftfahrzeugwesen -**

**Kapitel 0575 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten –
Entschädigungsleistungen –**

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0581 – Landesamt für Einwanderung

Christian Hochgrebe (SPD) äußert, es sei ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, das Einbürgerungszentrum zu zentralisieren, die Anzahl der Einbürgerungen deutlich zu erhöhen und sie mit optimierten Verfahren zu beschleunigen. Dafür seien offenbar 30 Beschäftigungsposi-

tionen mit der Entgeltgruppe 6 eingestellt. Welche Personal- und Sachmittel seien für die Steigerung der Einbürgerungszahlen und eine Weiterentwicklung des Fachverfahrens, bspw. online, erforderlich, um 2023 mit dem zentralen Einbürgerungszentrum starten zu können?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) erwidert, da derzeit noch an der Konzeption und daran gearbeitet werde, wie die Ziele erfüllt werden könnten, könne der konkrete Stellenbedarf noch nicht beziffert werden.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet zu Titel 28101 – Ersatz von Ausgaben um Erläuterung, wer die Rückzahlungen von Abschiebungskosten und Kautionen vornehme.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) sagt zu, die Frage schriftlich zu beantworten.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Julia Schneider (GRÜNE) erkundigt sich, ob das neue Dienstgebäude bereits bekannt sei, schließlich seien die Kosten schon benannt. – Die Tabelle des Gender-Budgetings – S. 333 – auch dieses Kapitels sollte überprüft und überarbeitet werden.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) teilt mit, die Kosten seien geschätzt worden. Das neue Gebäude kenne man noch nicht.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet um Konkretisierung, wie die Kostenschätzung – für 2022: 100 000 Euro, für 2023: 496 000 Euro – zustande komme.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) antwortet, mit der Erarbeitung sei eine Projektgruppe befasst. Ein Teil der Kosten sei für 2022, der vollständige Teil für 2023 geschätzt worden.

Benedikt Lux (GRÜNE) resümiert, dass, da die Projektgruppe ein Fünftel der Summe im Jahr 2022 und den Rest für das gesamte Jahr 2023 ansetze, das neue Landesamt für Einbürgerung also frühestens im Oktober an den Start gehen könne.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) bestätigt dies.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass die erste Lesung des Einzelplans 05 beendet sei.

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres, Digitalisierung und Sport -

Keine Wortmeldung.

[Lüftungspause von 14.47 bis 15.15 Uhr]

Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt teilt mit, der Einzelplan 25 werde zur zweiten Lesung am 11. Mai 2022 zurückgestellt.

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenFin – II B – vom 15.03.2022 [0200 A](#)
Haupt
IKT-Titelliste

- b) Bericht SenInnDS – V B 3 Mey – vom 18.03.2022 [0198](#)
Haupt
**Ergebnisse des IKT-Benchmarkings für das
Berichtsjahr 2020**
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung der 18. WP vom
28.04.2021)

Christian Hochgrebe (SPD) kommt mit Blick auf den Bericht rote Nr. 0198 darauf zu sprechen, dass die Preise der betrachteten Produkte beim ITDZ deutlich über dem Marktniveau, teilweise über dem Mittelwert und in jedem Fall über dem ersten Quartil lägen. Sei geplant, die Empfehlungen der externen Berater umzusetzen? Wenn ja, wie und bis wann? Inwiefern bzw. wann sei das ITDZ vollumfänglich in der Lage, die IT-Dienstleistungen für die Hauptverwaltung und die Bezirke anzubieten? Sei möglicherweise eine verpflichtende Nutzung des ITDZ-Angebots geplant?

Tobias Bauschke (FDP) bezieht sich auf den Bericht rote Nr. 0200 A. Bei MG 32, Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Soziales – würden die Kosten für die gesamtstädtische Strategie zur Unterbringung dargestellt. Er bitte um einen schriftlichen Bericht über den Sachstand des Projekts.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) äußert, die Analyse des Abg. Hochgrebe hinsichtlich der Ergebnisse des Benchmarkings teile er weitgehend. Die Verwaltung sei derzeit damit befasst, die notwendigen Stellschrauben zu identifizieren, die ursächlich für die zum Teil deutlich abweichenden Preise seien. Nach bisheriger Einschätzung spielten dabei z. B. die Kostentransparenz eine Rolle; des Weiteren brauche es Standards für eine Kalkulation, die für alle Behörden gleichbedeutend seien. Benötigt würden eine einheitliche Produktkalkulation wie aber auch nachfrageorientierte Angebote. Nicht immer, so sein Eindruck, werde angeboten, was nachgefragt werde; mit dem ITDZ könnten hier strukturell noch andere Verabredungen getroffen werden. Auch Fragen des Overhead müssten noch einmal genauer analysiert werden. All dies sei Bestandteil des Prozesses, der mit dem ITDZ jetzt gestartet werde.

Der Koalitionsvertrag mache klare Vorgaben für die Neuaufstellung des ITDZ, bspw. dafür, kunden- und leistungsorientiert zu arbeiten. Der Benchmarking-Bericht sei eine wichtige Grundlage dafür. Auch das Finanzierungsmodell des ITDZ, das gleichfalls Auswirkungen auf die in dem Berichtszeitraum 2020, aber auch jetzt noch zugrunde gelegte Kalkulation für die Preise habe, spiele eine Rolle. Der Koalitionsvertrag gebe vor, dass für das ITDZ ein neues Finanzierungsmodell realisiert werden solle. Dabei spielten die Rücklagenbildung und die Frage eine Rolle, wie mit den Überschüssen umgegangen werde; auch sie beeinflussten die

Handlungsmöglichkeiten des zentralen Dienstleisters, denn je nachdem, wie viele Möglichkeiten eingeräumt würden, könne auch kalkuliert und mit bestimmten Investitionen oder damit umgegangen werden, einheitliche Angebote für möglichst viele Behörden zu schaffen.

Die Ertüchtigung des ITDZ müsse sukzessive erfolgen; ein Datum könne er insofern noch nicht nennen. Sie sei Voraussetzung dafür, dass die Migration der Verwaltung zum ITDZ gelinge. Hier sollte mehr Verbindlichkeit geschaffen werden, auch seitens des Senats, da es, so seine Überzeugung, zur Migration aus technologischen, sicherheitspolitischen wie auch fiskalischen Gründen keine Alternative gebe. Insofern sei es richtig, dass der Koalitionsvertrag festhalte, dass die Migration zum ITDZ beschleunigt werden solle. Voraussetzung dafür sei, dass zum einen das ITDZ in der Lage sei, die Migration zu gewährleisten, dass zum anderen die migrierenden Behörden ihre Voraussetzungen erfüllten und dass auch SenInnDS als für die gesamtstädtische IKT-Steuerung verantwortliche Behörde dafür Sorge, dass die baulichen und organisatorischen Voraussetzungen etc. in den einzelnen Behörden erfüllt würden. Wichtig sei, dass hier ein klares Rollenverständnis und ein klares Verständnis dafür bestehe, wer was für die Migration tun müsse. Er werde den Prozess der gemeinsamen Verständigung noch im April mit seinen Kolleginnen und Kollegen auf Staatssekretärebene in der Hauptverwaltung starten, er werde auch auf der Ebene der Bezirke gestartet. Seine Erfahrung mit solch großen Migrationsprojekten zeige, dass ein Prozess etabliert werden müsse, damit keine Lücken aufträten bei dem, was die jeweils Beteiligten tun müssten. Eine weitere Voraussetzung für das Gelingen sei, dass hier mehr Verbindlichkeit bestehe.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält fest, der Ausschuss erhalte einen Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 25 am 11. Mai 2022. – Der Bericht rote Nr. 0200 A laufe während der Haushaltsberatungen mit.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0198 zur Kenntnis.

Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Mitberaten wird:

Bericht SenInnDS – V B 2 Sz – vom 07.10.2021

Bericht zum Umsetzungsstand der Corona-Hilfsmaßnahmen

hier: Low-Code-Plattform

(Berichtsauftrag aus der 94. Sitzung der 18. WP vom 25.08.2021)

(Rote Nummer 3385 Q aus der 18. WP übernommen)

(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)

[0084](#)

Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0084 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Tobias Bauschke (FDP) bittet mit Bezug auf Titel 51163 – Dienstleistungen für die landesweite elektronische Aktenführung (E-Akte) um den aktuellen Sachstand zur E-Akte. Was sei hier noch zu tun?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) schildert, die elektronische Akte solle bis Ende 2024 flächendeckend eingeführt werden. Auch dieses Unterfangen sei dringend notwendig, letztlich aus den gleichen Gründen, aus denen die Migration notwendig sei. Die E-Akte werde im Übrigen auch gebraucht, wenn man die Form des mobilen Arbeitens fortführen wolle, die während der Coronapandemie etabliert worden sei. Im Frühjahr werde man mit den ersten Behörden beginnen, sodann werde das Prozedere Schritt für Schritt vorangebracht.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um Erläuterung der bei Titel 54803 – Pauschale Mehrausgaben für die verfahrensunabhängige IKT aufgeführten Unterpunkte.

Peter Fröhlich (SenInnDS) erklärt, bei den Teilansätzen 1 und 2 handele es sich um im Kopfkapitel veranschlagte Beträge zur Unterstützung von Mehrausgaben in den Behördenkapiteln. Je nachdem, welcher Zustand in den einzelnen Behörden herrsche, handele es sich um eine Behörde, die noch nicht – oder bereits – im Migrationsprogramm beim ITDZ untergebracht sei. Bei einer Behörde, die dort bereits untergebracht sei, handele es sich um Verstärkungen von in Teilen in der Übergangsphase noch erforderlichen Verstärkungsnotwendigkeiten im Abgleich mit dem Veranschlagungsmodell für die verfahrensunabhängige IKT.

Kapitel 2503 – Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister
Kapitel 2505 – Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport
Kapitel 2506 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung
(Stammhaus)
Kapitel 2507 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz
Kapitel 2508 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa
Kapitel 2509 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 2510 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Tobias Bauschke (FDP) bemerkt, zum Digitalpakt Schule habe er weder Einnahmen noch Ausgaben feststellen können; er bitte um Erläuterung.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) teilt mit, der Digitalpakt sei im Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie – veranschlagt.

Kapitel 2511 – Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Kapitel 2512 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
Kapitel 2513 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Kapitel 2515 – Senatsverwaltung für Finanzen
Kapitel 2531 – Bezirksamt Mitte
Kapitel 2532 – Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg
Kapitel 2533 – Bezirksamt Pankow
Kapitel 2534 – Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
Kapitel 2535 – Bezirksamt Spandau

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 2536 – Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich zu Titel 81289 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT, was unter Softphones zu verstehen sei. Wofür würden sie benötigt?

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält die Zusage von **Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) fest, die Frage schriftlich zu beantworten.

Kapitel 2537 – Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Kapitel 2538 – Bezirksamt Neukölln
Kapitel 2539 – Bezirksamt Treptow-Köpenick
Kapitel 2540 – Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
Kapitel 2541 – Bezirksamt Lichtenberg
Kapitel 2542 – Bezirksamt Reinickendorf

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 2552 – Polizei Berlin

Dr. Kristin Brinker (AfD) erkundigt sich zu Titel 81264 – Erhalt der Alttechnik TK-Anlagen, welcher Mittelanteil für Faxdienste nötig sei. Sei ein solcher Dienst noch immer für die Behörde relevant?

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek (SenInnDS) bestätigt, seines Wissens finde bei der Polizei durchaus noch Kommunikation über Faxdienste statt; zu einem geringen Teil müssten sie noch vorgehalten werden.

Kapitel 2554 – Berliner Feuerwehr
Kapitel 2555 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Kapitel 2557 – Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg
Kapitel 2558 – Landesamt für Gesundheit und Soziales

Kapitel 2559 – Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit
Kapitel 2560 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
Kapitel 2561 – Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin
Kapitel 2562 – Landesverwaltungsamt
Kapitel 2563 – Landesamt für Einwanderung

Jeweils keine Wortmeldung.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt stellt fest, die erste Lesung des Einzelplans 25 sei damit beendet.

[Unterbrechung der Sitzung von 15.42 bis 15.47 Uhr]

Einzelplan 06 – Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

Mitberaten werden:

- a) Bericht SenJustVA – III A 13 – vom 11.03.2022 [0142 A](#)
Resozialisierung durch Digitalisierung
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)
(in der 7. Sitzung am 25.03.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)
Haupt
- b) Bericht SenJustVA – III A 13 – vom 23.03.2022 [0142 B](#)
Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln für Strafgefangene ermöglichen – Resozialisierung durch Digitalisierung
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)
Haupt
- c) Bericht SenJustVA – III C 4 – vom 14.03.2022 [0185](#)
Arbeitsergebnisse der Anti-Korruptions-Arbeitsgruppe im Jahr 2021
gemäß Auflage B. 34 – Drucksache 18/2400 zum Haushalt 2020/21
(in der 7. Sitzung am 25.03.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 am 01.04.2022 zurückgestellt)
Haupt

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag der **CDU-Fraktion**, den Einzelplan 06 zur zweiten Lesung am 13. Mai 2022 zurückzustellen.

Christian Goiny (CDU) kündigt an, seine Fraktion werde kapitelübergreifende Nachfragen schriftlich einreichen.

Christian Hochgrebe (SPD) nimmt Bezug auf den Bericht rote Nr. 0185. Die Gefährdungsatlanen seien ohne Ergebnis geblieben, die forensische Datenanalyse und die Whistleblower-

Richtlinie hätten nicht umgesetzt werden können. Die Arbeitsgruppe tage zudem nur zweimal im Jahr. Wie solle mit der Thematik weiter umgegangen werden? Bleibe die Arbeitsgruppe eingesetzt? Wenn ja: Führe ihre Arbeit irgendwann auch zu Ergebnissen?

Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner (SenJustVA) schildert, die Arbeitsgruppe sei durch die Pandemie und dadurch beeinträchtigt worden, dass Mitglieder der Arbeitsgruppe wegen Corona wichtige andere Aufgaben erhalten hätten. Sie solle weitertagen.

Hinsichtlich der Whistleblower-Richtlinie warte man noch auf das Bundesgesetz. SenJustVA habe versucht, darauf aufmerksam zu machen, wie schwierig es sei, dass die Richtlinie noch nicht umgesetzt sei. Für die Justiz sei aber vorab eine Lösung gefunden worden; der Richtlinie könne man insofern Genüge tun, indem der Vertrauensanwalt als Ansprechperson zur Verfügung stehe.

Für die forensische Datenanalyse sei beim Amtsgericht Charlottenburg eine Maßnahme beim Betreuungsrecht sowie eine weitere Maßnahme in einem anderen Rechtsgebiet in den Blick genommen worden, die man untersuchen könnte. In beiden Gebieten – wie auch in dem dritten, das später in Angriff genommen worden sei – gebe es allerdings noch viele Medienbrüche. Die forensische Datenanalyse sei eine aus der Wirtschaft stammende Analyse, mit der vollelektronische Sachverhalte und Daten überprüft werden könnten. SenJustVA habe noch keinen Bereich gefunden, in dem dies möglich sei. Mit Einführung der elektronischen Akte werde sich die Situation anders darstellen. SenJustVA habe andere Senatsverwaltungen gebeten, zu klären, ob dort möglicherweise ein Projekt in Betracht komme. An dem Thema bleibe man dran.

Christian Hochgrebe (SPD) merkt an, dass im Koalitionsvertrag die Gründung eines Innovationszentrums Berlin für Legal-Tech-Anwendungen verankert sei. Im Einzelplan 06 habe er weder das Zentrum noch Planungsmittel dafür finden können. Wann solle das Zentrum implementiert werden? Wie könne es im Haushalt abgesichert werden?

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) führt aus, SenJustVA habe sich eingehend mit der Thematik befasst, aufgrund der finanziellen Möglichkeiten aber eine Priorisierung vorgenommen; das Innovationszentrum werde im Haushalt für die Jahre 2024/2025 abgebildet.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0142 A, 0142 B und 0185 zur Kenntnis.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Sebastian Walter (GRÜNE) kommt auf die neue Abteilung V zu sprechen, die zwar in Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) - veranschlagt sei, dort aber keine Erwähnung finde. SenJustVA möge in einem schriftlichen Bericht die Referats- und Personalstruktur der Abteilung darstellen. Wie viele neue Stellen seien geschaffen worden, wie seien sie ausgestattet? Wie seien die Mittel in Kapitel 0601 aufgeteilt worden, welche Gelder der bestehenden Ansätze seien für die neue Abteilung vorgesehen?

Christian Goiny (CDU) schließt sich dem Berichtswunsch an. Ergänzend solle dargestellt werden, welche ersten Themen und Projekte für dieses Jahr geplant seien.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) sagt den schriftlichen Bericht zu. Vorab weise sie darauf hin, dass sie am 15. März eine Verfügung erlassen habe, wonach das Stiftungsrecht nicht mehr wie bislang und wie noch im Haushaltsplanentwurf dargestellt der Abteilung II zugerechnet werde, sondern Teil der Abteilung V sei.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um einen schriftlichen Bericht, der titelübergreifend die Veranschlagung der Einnahmetitel in EP 06 vor dem Hintergrund bundesrechtlicher Änderungen erläutere.

Antonin Brousek (AfD) spricht mit Bezug auf Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge an, dass private Firmen die Aktentransporte zwischen den Justizbehörden vornähmen. Könnten die Personalkosten transparent erfasst werden? Warum könnten die Akten nicht von eigenem Personal transportiert werden?

Mandy Nöh (SenJustVA) erläutert, die Leistungen für Sachtransporte rufe SenJustVA aus einem mit dem Landesverwaltungsamt geschlossenen Vertrag ab. Es handele sich nicht nur um Transporte zwischen den einzelnen Justizbehörden, sondern auch um Transporte von Prüfungen des GJPA zu den einzelnen Prüfern etc. Aufgrund der Menge könnten sie von den Bediensteten der SenJustVA, die solche Tätigkeiten wahrnehmen könnten – sieben Wachtmeister –, nicht geleistet werden.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet zur zweiten Lesung des EP 06 um eine standortscharfe Darstellung des mittelfristigen Gebäudeinvestitionsbedarfs.

Der **Ausschuss** erwartet die erbetenen Berichte rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 06 am 13. Mai 2022.

Sebastian Walter (GRÜNE) erkundigt sich zu Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung, was hier genau geplant sei. Wie könne angesichts des Mittelabflusses, der aus der letzten Wahlperiode bekannt sei, sichergestellt werden, dass die Mittel in den nächsten beiden Jahren ausgeschöpft würden?

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält die Zusage von **Senatorin Dr. Lena Kreck** (SenJustVA) fest, einen schriftlichen Bericht einzureichen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt, wie Teilansatz 1 – Verwaltungskostenpauschale für die Zuwendungssachbearbeitung – zu verstehen sei und wer das Geld bekomme. Außerdem interessiere ihn, warum das Ist 2021 erheblich niedriger sei als der Ansatz und in welchen Teilansätzen die Mittel nicht abgeflossen seien.

Sebastian Walter (GRÜNE) erkundigt sich, ob es sich bei der Zuwendungssachbearbeitung um dieselbe Gesellschaft handle wie bei der LADS, der Vertrag mit „zukunft im zentrum“ insgesamt neu ausgeschrieben werde oder es nur um das Kapitel 0600 gehe und es Überlegungen gebe, die Zuwendungssachbearbeitung perspektivisch wieder ins Haus zu holen.

Antonin Brousek (AfD) bittet zu Teilansatz 11 – Richter in die Schulen/Jugendgerichtsprojekt/Rechtskundepakete – gemeinsames Projekt mit SenBildJugFam – um Erläuterung der Hintergründe des Projekts.

Christian Hochgrebe (SPD) fragt, warum das Modellprojekt Richterassistenz nicht als Teilansatz 15 auftauche und wie es um dieses Modellprojekt stehe.

Mandy Nöh (SenJustVA) führt aus, die Zuwendungssachbearbeitung sei extern an „zukunft im zentrum“ vergeben, mit der es weitere Verträge mit anderer Laufzeit gebe. Der Vertrag für die Zuwendungssachbearbeitung der Projekte im Kapitel 0600 laufe im Laufe des Jahres aus und sei neu zu vergeben. Dafür sei auch die VE vorgesehen. Ob dies am Ende wieder „zukunft im zentrum“ sein werde, werde das Vergabeverfahren zeigen.

Zu Nr. 11: Richter/-innen und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte suchten die Schulen auf und informierten über Justiz und Rechtsstaat. Dieses Projekt sei hier falsch veranschlagt; die Mittel würden als Zuwendung ausgegeben und in der Haushaltswirtschaft umgeschichtet.

Das Ist sei niedriger, weil coronabedingt nicht alle Dienstleistungen ohne Weiteres hätten vergeben werden können. Diese könnten hoffentlich in den nächsten zwei Jahren nachgeholt werden. Gleiches gelte für Veranstaltungen, Dienstreisen und Fortbildungen.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) teilt mit, dass einige Unzufriedenheiten mit „zukunft im zentrum“ aufgetreten seien, sodass SenJustVA dies eindringlich prüfen werde.

Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner (SenJustVA) legt dar, dass es im Hinblick auf die Richter/-innenassistenz verschiedene Möglichkeiten gebe, die SenJustVA in den nächsten zwei Jahren in den Blick nehmen wolle. In Niedersachsen existiere seit 2020 ein Projekt, bei dem Rechtsreferendarinnen/-referendare Mitarbeitende beim OLG in Form eines Minijobs sein könnten. SenJustVA wolle sich die Erfahrungen anschauen. In Baden-Württemberg sei die Vorausverfügung durch Rechtspfleger/-innen abgeschafft worden. SenJustVA wolle prüfen, ob diese Abschaffung sinnvoll gewesen sei oder es dort Möglichkeiten gebe. Wichtig sei die Richter/-innenassistenz durch Servicekräfte. Der Beruf des Servicekraft werde sich mit Einführung der elektronischen Akte sehr verändern. SenJustVA wolle in den Blick nehmen, inwieweit regelhafte Aufgaben der Richter/-innen von Servicekräften bearbeitet werden könnten. Es solle partizipativ entschieden werden, welches Modell näher betrachtet werde. Deshalb könne man im Moment noch nicht einschätzen, wie viel Geld dafür benötigt werde.

Christian Hochgrebe (SPD) stellt die Nachfrage, ob es schon eine Zeitschiene gebe und ein entsprechender Teilansatz 15 im Haushaltsentwurf 2024/25 zu finden sein werde.

Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner (SenJustVA) erklärt, dass die Zahlen sicherlich im nächsten Doppelhaushalt zu finden sein würden.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält fest, dass die Fragen damit erledigt seien.

Christian Hochgrebe (SPD) wirft die Frage auf, warum in vielen Bereichen juristische Gutachten durch externe Anwaltsbüros bzw. Dritte und nicht durch SenJustVA als Rechtsdienstleister des Landes Berlin erstellt würden, wie man von der steigenden Zahl externer Gutachten wegkommen könne und ob SenJustVA bereit sei, in entsprechende Planungen und Überlegungen einzutreten.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) führt aus, dass sich SenJustVA nicht als Rechtsdienstleisterin für die gesamten Senatsverwaltungen verstehen könne, denn dies würde die Kapazitäten ihres Hauses überfordern. Selbst SenJustVA müsse Expertise von außen beanspruchen, um qualitativ hochwertig arbeiten zu können. Natürlich werde der juristische Sachverstand im Haus eingesetzt, um ressourcensparend zu arbeiten, bestimmte Fragen überstiegen jedoch die Kompetenz, wenn eine spezifische Expertise benötigt werde. Es wäre unwirtschaftlich, hochkarätige Leute für einzelne Sachfragen dauerhaft zu beschäftigen.

Christian Hochgrebe (SPD) bemerkt, dass dies an anderer Stelle weiter diskutiert werde.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet, bis zur zweiten Lesung eine titelscharfe Auflistung vorzulegen, wie die pauschalen Minderausgaben aufgelöst würden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Mitberaten wird:

Bericht SenJustVA – VI A 3 / VI A 5 – vom 18.03.2022 [0189](#)
Folgebericht zur Umsetzung des **Haupt**
Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und
des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)
in der Berliner Verwaltung
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung der 18. WP vom
17.02.2021)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0189 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Christian Hochgrebe (SPD) bittet um einen Bericht bis zur zweiten Lesung, wie die Aufgabenaufteilung zwischen der Landesantidiskriminierungsstelle und dem Bereich Gleichstellung bei SenWGPB aussehe, wie sich Überschneidungen und Doppelungen verhindern ließen und welche Synergieeffekte genutzt werden könnten.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Sibylle Meister (FDP) bittet um Aufschlüsselung der Projekte unter Teilansatz 3 – Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt sowie Projekte im Rahmen der Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft – bis zur zweiten Lesung. Wie verteilen sich die Summen? Hierzu solle schriftlich berichtet werden.

Zu Teilansatz 4 – Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Gesamtkonzepts für Integration und Partizipation Geflüchteter – frage sie, warum das Projekt für die Geflüchteten ende.

Christian Hochgrebe (SPD) kündigt an, dass seine Fraktion schriftliche Fragen zur Finanzierung des Projekts „BEIspielhaft“ nachreichen werde.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) erklärt, dass die Frage zu Teilansatz 4 ebenfalls schriftlich beantwortet werde.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 89202 – Zuschuss für das Schwarze Community Zentrum

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) wünscht Zurückstellung des Titels zur zweiten Lesung.

Staatssekretärin Saraya-Hyvette Gomis (SenJustVA) betont, das Community-Zentrum sei als Vorhaben im Rahmen der UN-Dekade sehr wichtig und reihe sich in ähnliche Projektvorhaben zu anderen vulnerablen und mehrfach diskriminierten Gruppen ein. Das Projekt werde von der Gesellschaft für Stadtentwicklung begleitet und vom Träger Each One Teach One in einem partizipativen Verfahren initiiert. Der Träger habe erklärt, dass die Finanzierungsplanung durch private Kredite, Förderung der Naturstiftung und Spenden abgeschlossen sei und noch ein Fehlbetrag von 3,65 Mio. Euro bestehe. Das Zentrum sei Bestandteil des Koalitionsvertrags und der Richtlinien der Regierungspolitik. Der Titel beinhalte einen Merkansatz von 1 000 Euro.

Sandra Grohmann (SenJustVA) ergänzt, das Projekt sei bei der Haushaltsaufstellung noch nicht veranschlagungsreif gewesen. Es könne auch aus dem Einzelplan herausgenommen werden und über den Innovationsförderfonds laufen, wofür eine entsprechende Entschließung notwendig wäre. SenJustVA plädiere jedoch dafür, die fehlenden 3,65 Mio. Euro hier über einen Änderungsantrag aufzunehmen, damit das Verfahren in Gang gesetzt werden könne.

Sebastian Walter (GRÜNE) bemerkt, dass über den Zuwendungstitel weiter zu beraten sei. Der Ausschuss habe bereits den gesamten Einzelplan zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Sibylle Meister (FDP) knüpft an, dass der Zuwendungstitel eine gewisse Transparenz sicherstelle. Offenbar seien die 3,65 Mio. Euro noch nicht Teil des Haushalts. Sie bitte um Darstellung, welche Mittel bereits vorhanden seien und welche noch fehlten.

Staatssekretärin Saraya-Hyvette Gomis (SenJustVA) erklärt, dass SenJustVA die Aufschlüsselung im Detail nachreichen werde. Im partizipativen Verfahren seien unterschiedliche Mittel, z. T. Spenden, eingeworben worden. Das Haus stehe bereits zur Verfügung und müsse ausgebaut und barrierefrei gestaltet werden. Der Träger werde in Teilen einen Kredit aufnehmen, ein anderer Teil seien Lottomittel. Nicht alle Mittel seien Investitionsmittel.

Christian Goiny (CDU) bittet, mit der Beantwortung der Fragen auch das Konzept bis zur zweiten Lesung zur Verfügung zu stellen.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Antonin Brousek (AfD) greift auf, dass Prüfungen für das zweite juristische Staatsexamen auch in Potsdam und Frankfurt/Oder stattfinden, was 65 000 Euro pro Kampagne koste. Wäre es nicht sinnvoller, wieder Räume bei SenJustVA zur Verfügung zu stellen? Die VE über 744 000 Euro beziehe sich offensichtlich auf eine geplante Kooperation für ein Center für Digitale Systeme der FU – CeDis – zur Durchführung der juristischen Staatsprüfungen in elektronischer Form. Wie weit sei dieses Vorhaben gediehen?

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) berichtet, SenJustVA habe die notwendigen Abstände während der Coronapandemie, in der man sich immer noch befinde, in eigenen Räumlichkeiten nicht gewährleisten können. Die Betreffenden müssten die Prüfung ohne Maske und Infektionsgefahr absolvieren können. Daher hätten andere Räumlichkeiten gemietet werden müssen, die zu entsprechenden Kosten geführt hätten. Der erste Probendurchlauf für eine E-Klausur sei Ende März erfolgreich durchgeführt worden. SenJustVA sei davon überzeugt, dass in Kooperation mit der FU eine im Vergleich zu privaten Dienstleistern kostengünstige Struktur geschaffen werden könne, die den Standards für Staatsexamen entspreche. Das Vorhaben werde sukzessive ausgeweitet, um das zweite Staatsexamen in absehbarer Zeit komplett digital schreiben lassen zu können. Angepeilt werde die zweite Jahreshälfte 2023.

Sibylle Meister (FDP) konstatiert, dass die VE keine Mieten seien, sondern der Vorbereitung des Ablegens der Prüfung in elektronischer Form dienen. Sie hätte hier zwei Titel erwartet.

Antonin Brousek (AfD) spricht an, dass die Räumlichkeiten bei SenJustVA schon vor 2020 weg gewesen seien und dies nicht auf Corona zurückgeführt werden könne.

Mandy Nöh (SenJustVA) bestätigt, dass die VE nicht der Anmietung von Räumen diene. Es handele sich um kurzzeitige Anmietungen, bei denen man sich nicht überjährig verpflichte.

Bei der Kooperationsvereinbarung mit der FU wolle sich SenJustVA längerfristig binden, um Planungs- und Durchführungssicherheit zu haben. Dafür sei die VE gedacht. Es sei schon länger so, dass nicht sämtliche Prüfungen bei SenJustVA abgehalten werden könnten, weil die Anzahl der Prüflinge zu hoch sei. Mit dem Zuzug des Verbraucherschutzes und später der Antidiskriminierung hätten die betreffenden Räumlichkeiten umgewidmet werden müssen. Der Verbraucherschutz werde wahrscheinlich ausziehen, dafür sei aber die Vielfaltsabteilung unterzubringen, sodass auch künftig Räumlichkeiten angemietet werden müssten. Die digitale Durchführung des zweiten Staatsexamens werde nicht dazu führen, dass die Prüfungen komplett bei SenJustVA abgehalten werden könnten. Berliner Prüflinge würden nicht nach Frankfurt/Oder geschickt, vielmehr müssen Prüflinge aus Potsdam und Frankfurt/Oder nicht nach Berlin fahren.

Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung – Verbraucherschutz -

Kapitel 0609 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung – Personalüberhang -

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0611 – Generalstaatsanwaltschaft

Christian Goiny (CDU) erklärt, dass seine Fraktion zu allen Staatsanwaltschaften Fragen nachreichen werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) stellt zum Gender-Budgeting fest, dass der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden im Vergleich zu anderen Verwaltungen sehr hoch sei, aber bei den Jahreseinkommen große Differenzen bestünden. Was werde konkret unternommen, um den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern?

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) sagt schriftliche Beantwortung zu.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt, wie der Mehrbedarf begründet sei.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) sagt schriftliche Beantwortung zu.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Kapitel 0612 – Staatsanwaltschaft

Titel 11101 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt, warum das Ist 2021 rund 5 Mio. Euro über dem Ansatz 2021 liege, ob Corona gebühren- und geldstrafentreibend gewesen sei und welche Geldstrafen, Geldbußen oder Gebühren nur die Staatsanwaltschaft verhängen, denn bei §§ 153ff. StPO erfolge dies mit Zustimmung des Gerichts.

Mandy Nöh (SenJustVA) legt dar, die Ansätze 2022/23 seien moderat angehoben worden, weil 2020 Geldstrafenvollstreckungen usw. ausgesetzt worden seien, was sich 2021 reguliert habe. Man könne aber nicht einschätzen, ob sich dies in den Folgejahren fortsetzen werde. Den anderen Teil der Frage könne sie nicht beantworten.

Benedikt Lux (GRÜNE) erklärt, dass die Frage, welche Geldstrafen, Geldbußen oder Gebühren nur bei der Staatsanwaltschaft und nicht bei den Gerichten aufliefen, außerhalb des Förmlichen geklärt werden könne.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält fest, dass dies bilateral geklärt werde und kein Bericht notwendig sei.

Christian Hochgrebe (SPD) bittet, die Information dann an ihn weiterzuleiten.

Titel 11923 – Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten

Christian Hochgrebe (SPD) erkundigt sich nach den starken Anwüchsen bei den Ansätzen.

Mandy Nöh (SenJustVA) schildert, in den letzten beiden Jahren seien deutlich höhere Vermögenswerte – etwa 40 bis 60 Mio. Euro – beschlagnahmt worden. Sinn der Vermögensabschöpfung sei die Entschädigung der Geschädigten; wenn diese befriedigt seien, fließe der Rest dem Landeshaushalt zu. Man sei bestrebt, bei der Vermögensabschöpfung weiter voranzukommen. Insofern sei davon auszugehen, dass auch dem Land Berlin mehr Mittel zufließen. Das Ist 2021 habe bei ca. 3 Mio. Euro gelegen.

Kapitel 0613 – Amtsanwaltschaft

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0614 – Europäische Staatsanwaltschaft

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Erläuterung, auf welcher Basis die Ansätze dieses neuen Kapitels ermittelt worden seien.

Sandra Grohmann (SenJustVA) führt aus, dass erst einmal nur ein Teil der Kosten veranschlagt sei, die EU trage den anderen Teil. Es gebe zwei delegierte Staatsanwälte, was zu der niedrigen Summe führe. Es würden ein Geschäftsbedarf von 10 000 Euro, für Gerichts- und ähnliche Kosten 20 000 Euro, nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facilitymanagements mit 40 000 Euro, für Aus- und Fortbildung 5 000 Euro und Dienstreisen mit 20 000

Euro angesetzt. Bei Dienstreisen sei mit mehr zu rechnen, es werde aber auf europäischer Ebene noch etwas zugeschossen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erkundigt sich nochmals nach der Basis der Veranschlagung.

Sebastian Walter (GRÜNE) fragt, wo die Europäische Staatsanwaltschaft angesiedelt sei.

Mandy Nöh (SenJustVA) verweist auf Büros in der Turmstraße 22. Bei der Veranschlagung habe man sich an den durchschnittlichen Kosten der anderen drei Strafverfolgungsbehörden orientiert und Durchschnittswerte gebildet, allerdings würden die europäischen Staatsanwältinnen/Staatsanwälte wahrscheinlich häufiger reisen, weil sie für einen größeren Bereich zuständig seien, ggf. werde man nachsteuern müssen.

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt angesichts der aktuellen Lage allgemein zu den Staatsanwaltschaften, ob im Rahmen der Sanktionen gegen Russland beim Einfrieren von Vermögen von Personen auf den Sanktionslisten die Absicht bestehe, Vermögenswerte, die langfristig beim Land Berlin oder beim Bund verbleiben könnten, prioritär einzufrieren, bzw. wie dort vorgegangen werde, ob diese haushälterisch abgebildet werden müssten und ob es eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesbehörden gebe.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) teilt mit, dass eine Staatsanwältin zum Bundeswirtschaftsministerium abgeordnet worden sei und dort mit einer anderen Person die entsprechende Taskforce leite. Ihr Haus werde zu den aufgeworfenen Fragen schriftlich berichten.

Der **Ausschuss** erwartet einen entsprechenden Bericht bis zur zweiten Lesung.

Kapitel 0615 – Kammergericht

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion zu allen Gerichten Fragen nachreichen werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) konstatiert, dass mehr weibliche Beschäftigte beim Kammergericht tätig seien, aber die Jahreseinkommen erheblich voneinander abwichen. Daher bitte er auch hier zum Gender-Budgeting um einen Bericht bis zur zweiten Lesung, welche konkreten Maßnahmen vorgesehen seien, um den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Christian Hochgrebe (SPD) fragt zum MG 31 – Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation) –, was sich hinter den rund 10 bzw. 11 Mio. Euro für Fremdleistung IT verberge.

Antonin Brousek (AfD) erkundigt sich, warum die Führungskräfte des Kammergerichts, sowohl männliche als auch weibliche, im Durchschnitt 30 000 Euro p. a. weniger verdienten als die Führungskräfte der Landesantidiskriminierungsstelle, was er ungewöhnlich finde.

Sandra Grohmann (SenJustVA) macht geltend, dass die Führungstiefe beim Kammergericht stärker sei. Es gebe in der mittleren Führungsebene auch Führungskräfte auf geringeren Gehaltsstufen, während die Führungstiefe bei der LADS nicht so hoch sei, was zu einem anderen Durchschnitt führe.

Titel 23101 – Ersatz von Ausgaben durch den Bund

Sibylle Meister (FDP) bittet um Erläuterung, warum nach dem hohen Ist 2020 nur jeweils 50 000 Euro angesetzt würden.

Mandy Nöh (SenJustVA) schildert, es handele sich um Einnahmen aus Staatsschutzstrafsachen. Man könne nie vorhersehen, ob und wie viele Verfahren es geben werde. Deshalb sei man bei der Veranschlagung vorsichtig. 2021 seien nur 187 000 Euro eingenommen worden.

Titel 42821 – Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)

Sibylle Meister (FDP) fragt, warum die Ansätze so stark sinken würden.

Sandra Grohmann (SenJustVA) antwortet, man gehe weg von den Tarifbeschäftigten und hin zum mittleren Dienst, sodass auch die Ausbildung im Tarifbereich entsprechend heruntergefahren und im Beamtenbereich hochgefahren werden müsse.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt die Nachfrage, ob es sich in Summe um die gleichen Ausgaben handele.

Sandra Grohmann (SenJustVA) erläutert, es handele sich um andere Summen, weil unterschiedliche Entgelte bzw. Gehälter fällig würden, Aufwärts- und Abwärtsbewegung entsprächen sich aber in etwa.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Antonin Brousek (AfD) äußert, dass die Ausgaben für das ITDZ von 8 Mio. Euro 2021 wegen des Neuabschlusses für die E-Akte usw. auf rund 12 Mio. Euro stiegen. Ein Sprung von 4 Mio. Euro sei viel, da das ITDZ nicht als besonders tüchtige Einrichtung bekannt sei und sich die einzelnen Punkte abgesehen von den Ausgaben nicht geändert hätten. Er bitte daher um Erläuterung.

Sandra Grohmann (SenJustVA) führt zum ITDZ aus, es werde einen neuen Betriebsvertrag geben, der hoffentlich eine Modernisierung innerhalb des ITDZ für den Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit sich bringe und den sich das ITDZ entsprechend bezahlen lasse. Dies erkläre die höheren Ausgaben, die zu veranschlagen seien.

Kapitel 0616 – Landgericht

Christian Hochgrebe (SPD) bittet um einen schriftlichen Bericht bis zur zweiten Lesung hinsichtlich der Planungen und Zeitplanungen zur Aufteilung des Landgerichts. Werde im nächsten Doppelhaushalt ein Kapitel 0617 für das zweite Landgericht zu finden sein?

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) bejaht Letzteres.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Kapitel 0619 – Amtsgericht Charlottenburg

Christian Hochgrebe (SPD) erkundigt sich nach dem Planungsstand für das Amtsgericht Marzahn-Hellersdorf. Planungsmittel hätte er bereits für 2022/23 in diesem Haushaltsentwurf erwartet. Warum sei dies nicht der Fall? 2024 bis 2026 solle gebaut werden, allerdings sei das Vorhaben nicht in der Hochbauliste im EPl. 12 zu finden. Wie sei hier der Horizont?

Sibylle Meister (FDP) bittet um Erläuterung, woher die – teilweise erheblichen – Zuwächse bei den Berufsbetreuern in den Gerichten kämen.

Sebastian Walter (GRÜNE) schließt die Frage an, ob sich hier die Rechtsgrundlage geändert habe.

Mandy Nöh (SenJustVA) teilt mit, dass für Planungen für das Amtsgericht Marzahn-Hellersdorf 2 Mio. Euro im SIWANA zur Verfügung stünden. Weitere Mittel enthalte der Haushalt nicht, weil es noch keine BPU gebe. Ziel sei, dieses Vorhaben im nächsten Haushalt zu veranschlagen. Zum Zeitplan könne sie nichts sagen; dies müsse schriftlich beantwortet werden. – Zum 27. Juli 2019 sei eine Anpassung der Betreuervergütung erfolgt, die seitdem zu stark steigenden Ausgaben führe und sich in der Ansatzbildung widerspiegele.

Der **Ausschuss** erwartet zur Frage des Herrn Abg. Hochgrebe einen schriftlichen Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 11101 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) fragt angesichts der konstanten Zahlen nach coronabedingten Effekten bzw. Nachholeffekten bei der Registertätigkeit des Gerichts.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) erklärt, dass nichts Berichtenswertes bekannt sei.

Kapitel 0621 – Amtsgericht Köpenick

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0622 – Amtsgericht Lichtenberg

Antonin Brousek (AfD) greift die genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur auf. Ungewöhnlich sei, dass die männlichen Führungskräfte 10 000 Euro p. a. weniger verdienten als die weiblichen. Es werde erklärt, dass sich ein höherer Anteil der männlichen Beschäftigten im höheren Dienst im Eingangsamte befinde; es seien 20 Prozent Männer und 80 Prozent Frauen. Wenn Männer nicht befördert würden, widerspräche dies der Antidiskriminierungspolitik der SenJustVA.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt, dass man Antidiskriminierung verschieden interpretieren könne. Löblich sei, dass drei Frauen SenJustVA leiteten, was auch Gründe habe.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) wirft ein, dass Herr Abg. Brousek spiegelbildliche Verhältnisse offenbar nicht störten. Gleichwohl sollten Geschlechterungerechtigkeiten im Abghs immer wieder angesprochen werden.

Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner (SenJustVA) ergänzt, das Amtsgericht Lichtenberg habe einen männlichen Präsidenten, die Stelle der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten sei zurzeit frei. Es gebe einen männlichen aufsichtführenden Richter und eine weibliche aufsichtführende Richterin. Die Rechtspfleger/-innenschaft sei zu 100 Prozent weiblich.

Kapitel 0623 – Amtsgericht Mitte

Kapitel 0624 – Amtsgericht Neukölln

Kapitel 0625 – Amtsgericht Pankow

Kapitel 0626 – Amtsgericht Schöneberg

Kapitel 0627 – Amtsgericht Spandau

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0628 – Amtsgericht Kreuzberg

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten

Antonin Brousek (AfD) fragt zu Teilansatz 3 – Prozesskostenhilfe –, warum der Ansatz von 4,6 Mio. Euro erheblich über dem anderer Amtsgerichte liege.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) verweist darauf, dass das Familiengericht Kreuzberg deutschlandweit das größte Familiengericht mit entsprechendem Fallaufkommen sei.

Kapitel 0630 – Amtsgericht Tiergarten

Titel 11101 – Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)

Benedikt Lux (GRÜNE) konstatiert, dass der Ansatz im Vergleich zum Landgericht relativ gering sei, obwohl die Strafgerichtsbarkeit zu einem großen Teil beim Amtsgericht Tiergarten angesiedelt sei. Die Erläuterung, dass Gebühren und Auslagen nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Justizverwaltungskostenordnung sowie weiteren Einzelkostenbestimmungen erhoben würden, sei irreführend, zumal sie bei der Staatsanwaltschaft nicht zu finden sei. Bedeute dies, dass Geldstrafen in der Strafgerichtsbarkeit hier keine Rolle spielten? Er bitte um eine Aufschlüsselung, welche Geldstrafen der Landeskasse und welche sozialen und anderen Einrichtungen zugeführt würden. Gebe es noch eine Liste mit diesen Einrichtungen? Vom Strafgericht verhängte Geldstrafen oder Geldbußen müssten eigentlich beim

Amtsgericht oder Landgericht aufschlagen und weniger bei der Staatsanwaltschaft. Die Geldstrafen müssten insgesamt deutlich höher sein als dieser Ansatz.

Christian Hochgrebe (SPD) schließt die Frage an, ob Geldstrafen und Geldbußen, die der Landeskasse zufließen, im EPl. 06 oder EPl. 15 landeten.

Christian Goiny (CDU) wünscht einen schriftlichen Bericht.

Sandra Grohmann (SenJustVA) legt dar, dass die Staatsanwaltschaft in der Regel die Vollstreckungsbehörde sei. Deswegen seien die meisten Geldstrafen und Geldbußen dort zu finden. SenJustVA werde schriftlich berichten und im Einzelnen aufschlüsseln, was an das Land gehe oder auf anderen Wegen als Ausgleich geleistet werde.

Der **Ausschuss** erwartet den gewünschten Bericht bis zur zweiten Lesung.

Titel 11930 – Hinterlegungen

Christian Hochgrebe (SPD) fragt, warum Hinterlegungen als Einnahmeposition gebucht würden, denn die Gelder würden nur hinterlegt, bis Klarheit über die Gläubiger hergestellt sei. Einen korrespondierenden Ausgabetitel habe er nicht gefunden. Er bitte um Erläuterung.

Sandra Grohmann (SenJustVA) antwortet, das Geld werde nicht eingenommen, sondern für 30 Jahre verwahrt. Nach 30 Jahren plus einem Jahr Wartefrist verfälle das Geld dem Staat. Bei Sparbüchern sei streitig, ob das Guthaben dann neu hinterlegt werden müsse und dem Staat erst nach weiteren 30 Jahren verfälle oder sofort vereinnahmt werden könne. Nach Klärung dieser Frage könnte sich ein größerer Einnahmebetrag ergeben.

Kapitel 0631 – Amtsgericht Wedding

Kapitel 0632 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht

Christian Hochgrebe (SPD) bittet um einen schriftlichen Bericht bis zur zweiten Lesung über den Planungs- und Umsetzungsstand des Umzugs ins Kathreiner-Haus. Wie sei der bauliche Zustand? Welche zeitliche Planung gebe es? Welche Kosten seien damit verbunden?

Antonin Brousek (AfD) fragt, ob das Amtsgericht Tiergarten nach dem Auszug des Verwaltungsgerichts in das Gebäude Kirchstraße einziehen könne, sodass das Parkhaus nicht abgerissen werde, was zu großem Zorn in der Belegschaft geführt habe.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt erklärt, dass diese Frage im Fachausschuss geklärt werden könne und es hier um die Haushaltsberatungen gehe.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) verweist darauf, dass sie bereits im Rechtsausschuss etwas zum Parkhaus gesagt habe.

Staatssekretärin Dr. Daniela Brückner (SenJustVA) berichtet, dass der Mieter später als geplant aus dem Kathreiner-Haus ausgezogen sei, sodass die Vorarbeiten erst später hätten beginnen können. Es handle sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude; dem stünden die Bedürfnisse des Gerichts gegenüber. BIM und SenJustVA stünden im Gespräch mit dem Denkmalschutz. Lt. Gutachten seien die Aufhängungen der Platten an der Außenfassade nicht mehr sicher. Dafür müsse eine Lösung mit dem Denkmalschutz gefunden werden. Dies bedeute auch, dass die Sanierung des Hauses teurer werde und ein Zeitplan schwer aufzustellen sei. Allerdings wäre die Justiz nur Mieter im Gebäude. Die BIM habe ein zweites Gutachten zur Fassade beauftragt, das jetzt fertig sei oder demnächst fertig sein werde.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) sagt Berichterstattung im Rechtsausschuss zu, sobald seriöse Aussagen zum Umzug getroffen werden könnten. SenJustVA sei an einer schnellen Lösung interessiert.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Kapitel 0651 – Sozialgericht

Keine Wortmeldung.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion zu allen Strafanstalten Fragen nachreichen werde. Er bitte bis zur zweiten Lesung um Ergänzung des Berichts rote Nr. 0001 A um den Justizvollzug.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Christian Hochgrebe (SPD) fragt, ob und durch wen die medizinische Versorgung in den Strafanstalten gewährleistet sei, nachdem in der Vergangenheit Schwierigkeiten bestanden hätten, Stellen mit Ärztinnen/Ärzten zu besetzen.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) erklärt, dass dieses Problem beim Fachpersonal für medizinische Versorgung nach wie vor nicht gelöst sei, wenngleich sich in der Tendenz eine kleine Verbesserung abzeichne. – Der angesprochene Bericht werde ergänzt.

Dirk Liebe (SPD) fragt, wo die Bezahlung der Beschäftigung von Gefangenen etatisiert sei und wie sich der Mindestlohn auf diesen und/oder den nächsten Haushalt auswirken werde.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) betont, dass sie den Mindestlohn politisch richtig finde. Aus ihrer Sicht sollte es sich um eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit handeln. Da man damit aus einer bestimmten Vorstellung herausbräche, wie Arbeit im Vollzug entlohnt werde, werde dies nicht kurzfristig laufen. Sie gehe davon aus, dass hierzu in den nächsten Jahren eine intensive Debatte geführt werde. Für Mitsreiter in der Sache sei sie dankbar.

Mandy Nöh (SenJustVA) teilt mit, dass die Arbeitsentgelte für die Gefangenen in Titel 68142 – Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug – veranschlagt seien. Bereits zum 1. Oktober 2021 habe eine Anpassung der der Justizvollzugsvergütungsverordnung stattgefunden, die eine stufenweise Erhöhung des Grundlohns vorsehe.

Christian Goiny (CDU) stellt die Nachfrage, ob SenJustVA auch über eine Änderung der Regel nachdenke, dass Gefangene, die in den offenen Vollzug überführt würden, erst einmal einem Beschäftigungsverbot unterlägen und Gefahr liefen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) schlägt vor, die politische Debatte über diese Frage an anderer Stelle weiterzuführen. In der Sache sei sie sofort dabei.

Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt, warum hier unterschiedliche Teilansätze aufgeschlüsselt würden. Es handele sich um Dinge, die er nicht unbedingt wissen müsse. Im EPl. 05 würden bei Polizei und Feuerwehr keine entsprechenden Teilansätze aufgeführt. Aus Gleichbehandlungsgründen rege er an, die Teilansätze beim nächsten Mal zu streichen, zumal damit auch ein leichter Ruch über dem Haftkrankenhaus liege.

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) erklärt, dass sie dieser Anregung für die Zukunft gerne nachkommen werde, da die Auflistung von Medikationen ein bestimmtes Bild von Menschen in Haft zeichne.

Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen

Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit

Jeweils keine Wortmeldung.

Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet, bis zur zweiten Lesung einen aktuellen Sachstandsbericht vorzulegen bezüglich der in der letzten Wahlperiode angedachten Beschaffung von Hunden, die bestimmte Metalle bspw. in Mobiltelefonen u. Ä. wahrnehmen könnten. Sei diese Überlegung wieder verworfen worden, oder werde sie weiterverfolgt?

Senatorin Dr. Lena Kreck (SenJustVA) erklärt, dass ihr hierzu nichts bekannt sei, sodass SenJustVA einen schriftlichen Bericht nachreichen werde.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt

Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt

Kapitel 0672 – Justizvollzugsanstalt Heidering

Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Jeweils keine Wortmeldung.

Amtierende Vorsitzende Dr. Manuela Schmidt hält fest, dass der Stellenplan im UA Verwaltung beraten werde und die zur zweiten Lesung angeforderten Berichte spätestens bis zum 6. Mai 2022 vorzulegen seien.

Der **Ausschuss** schließt die erste Lesung des EPl. 06 ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldung.